Einzelnummer 2 Mk.

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 25.— Mk., vierteljährlich 75.— Mk.
Redaktion: Am Spendhaus 6. — Telephon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreise: Die 8-gespaltene Zeile 8.— Mk., von auswärts 10.— Mk., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-gespaltene Reklamezeile 25.— Mk., von auswärts 30.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postscheckkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spendhaus 6. — Telephon 3290.

Nr. 190 | Dienstag, den 15. August 1922 | 13. Jahrgang

Abbruch der Londoner Verhandlungen.

Die Londoner Konferenz ist abgebrochen worden, ohne daß es zu einem Beschluß über ein Moratorium an Deutschland gekommen ist. Der Bruch kam daher, weil Poincaré in ein Moratorium für Deutschland nur willigen wollte, wenn die Alliierten dafür von Deutschland neue Pfänder erhalte. Dieses Verlangen Frankreichs wurde von Lloyd George abgelehnt, und die Konferenz ging darauf ergebnislos auseinander. Das verzweifelte Oesterreich hatte man mit seiner Bitte um Hilfe an den Völkerbund verwiesen.

Ueber die gestrige letzte Sitzung der Konferenz berichtet Havas: In der Vormittagssitzung der alliierten Bevollmächtigten schlug Poincaré vor, die internationale Entscheidung über den deutschen Moratoriumsantrag zu vertagen. Die beste Lösung für die Beibehaltung der Entente und für die regelrechte Ausführung des Friedensvertrages und die allgemeine Regelung der Reparationen und Schulden wäre folgende: Jedes weitere Moratorium wird Deutschland für die nächsten drei Monate verweigert. Es soll jedoch nichts beschlossen werden vor dem Novembertermin. Die Zahlung der am 15. August fälligen Rate soll auf den 31. August mit Rücksicht auf die durch die Konferenz verursachte Verzögerung in der Entscheidung der Reparationskommission verschoben werden. Die Alliierten sollen von heute ab verschiedene Kontrollmaßnahmen in Anwendung bringen, über die ein Einvernehmen erzielt wurde (Artikel 1—6 des Sachverständigenberichtes). Es soll beschlossen werden, daß eine weitere Zusammenkunft der Alliierten Mitte November stattfindet, um die Frage der Reparationen in ihrer Gesamtheit zu prüfen, d. h. einerseits die Vorbereitung einer Anleihe, deren Kontrolle ausschließlich dazu bestimmt sein soll, die Durchführung der Anleihe zu erleichtern, ferner die Regelung der alliierten Schulden. Lloyd George lehnte diesen Vorschlag ab, schlug aber den Alliierten vor, sofort ein Moratorium für drei Monate zu bewilligen. Poincaré erklärte, daß er dem nicht zustimmen könne, wenn er nicht als Ausgleich für dieses neue Zugeständnis neue Pfänder erhalte, nämlich die Kontrolle über die Staatsbergwerke und Forsten. — Ein Einvernehmen konnte über diesen letzteren Vorschlag nicht erzielt werden. Das veranlaßte die Ministerpräsidenten, sich zu trennen, ohne eine gewisse Entscheidung über den deutschen Moratoriumsantrag treffen zu können.

Bevor die Konferenz zusammenbrach, versuchte Schanzer die Meinungsverschiedenheiten zwischen Poincaré und Lloyd George zu überbrücken. Sein Vorschlag, die Konferenz um 6—8 Wochen zu vertagen, wurde von den britischen Vertretern angenommen, aber die Franzosen machten zur Bedingung, daß Deutschland die während dieses Zeitraumes fällig werdenden Reparationsraten bezahlen soll. Schanzer und Lloyd George waren anderer Ansicht, willigten aber ein, daß die Reparationskommission darüber entscheide, was Deutschland während dieses Zeitraumes bezahlen soll. Die Franzosen waren damit nicht einverstanden, worauf die Verhandlungen ihr Ende fanden.

Der Zusammenbruch der Konferenz für die Reparationsfrage wird in der gestrigen Londoner Abendpresse ausführlich erörtert. Die Blätter betonen, daß die Haltung Poincarés in der Frage der alliierten Kontrolle über die deutschen Staatsforsten und Bergwerke zum Bruch geführt hat. Lloyd George habe mit Unterstützung nicht nur der britischen Minister, sondern auch der übrigen alliierten Staatsmänner einen äußersten Versuch unternommen, um zu einem Einvernehmen zu gelangen, jedoch ohne Erfolg. Poincaré habe sich unnachgiebig gezeigt. Der Abbruch der Konferenz sei als eine ernste Gefährdung der Entente anzusehen, insbesondere angesichts der äußersten Feindseligkeit und Bitterkeit der französischen Presse bei ihrer Erörterung der britischen Haltung gegenüber dem französischen Plan. Lloyd George sei äußerst enttäuscht über die Wendung, die die Ereignisse genommen haben. Er habe stets die Schwierigkeiten der Stellung des französischen Ministerpräsidenten eingesehen und habe auf alle Arten versucht, zu einem Kompromiß zu gelangen, der für die Alliierten annehmbar wäre und zu gleicher Zeit Poincarés Stellung nicht gefährdet hätte.

Poincarés Anweisungen für die Reparationskommission.

Havas drahtet halbamtlich aus London. Mittwoch vormittag werde der französische Ministerrat in Paris zusammentreten, um die durch das negative Ergebnis der Londoner Beratungen geschaffene Lage zu prüfen. Poincaré werde den französischen Vertreter Dubois in der Reparationskommission erneut anweisen, sich gegen ein Moratorium auszusprechen. Es sei nicht ausgeschlossen, daß die belgische Regierung ihrem Vertreter ähnliche Weisung erteilt. Wenn dann die englischen und italienischen Delegierten für das Moratorium eintreten, würden die Stimmen in der Kommission zu gleichen Teilen gespaltet sein. Da sich in der Reparationskommission der Brauch eingebürgert habe, die Stimme des Vorsitzenden als ausschlaggebend zu betrachten, würde die Stimme Dubois als Vorsitzenden der Kommission einen Beschluß zugunsten der Aufrechterhaltung der durch die frühere Entscheidung vom 12. März d. Js. bestimmten deutschen Zahlungsverpflichtungen herbeiführen. Wenn dagegen Deutschland das Moratorium ohne Zustimmung der französischen Regierung gewährt würde, hätte die französische Regierung die von ihr für notwendig erachteten Maßnahmen sicher bereits ins Auge gefaßt. Poincaré sei in diesem Punkte durch keinen Beschluß der Konferenz gebunden, und die französische Regierung wahrt sich ihre volle Handlungsfreiheit. Selbst wenn die Stimme des Vorsitzenden nicht ausschlaggebend wäre, würde auch, wenn die übrigen Vertreter für das Moratorium eintreten, eine Uebereinstimmung des belgischen und französischen Votums in der Reparationskommission juristisch die Ablehnung des Moratoriums bedeuten, da die erforderliche Mehrheit dann nicht zustande käme und da die Qualität der Stimmen zugunsten der Aufrechterhaltung des status quo ins Gewicht fiele.

Unberechtigte polnische Vorwürfe gegen Danzig.

Der diplomatische Vertreter Polens in Danzig, Plucinski, hatte kürzlich in einem Interview mit einem Warschauer Journalisten verschiedene Vorwürfe gegen den Danziger Senat erhoben, von denen wir auch Notiz nahmen. Wie jetzt bekannt wird, sind seine Aeußerungen über Danzig in einem Ton gehalten, wie er sonst unter Regierungsvertretern nicht üblich ist. So wirft er dem Senat in dem erwähnten Interview vor, daß er die Entscheidung des Völkerbundes „mißachte“, „krasse Unrechtmäßigkeiten“ begehe, „Mangel an gutem Willen an den Tag lege“ und „unfruchtbare Schikanen“ treibe.

Dieselbe ungewöhnliche Form findet sich in einer letzthin bei dem Senat eingegangenen Note der polnischen Regierung vom 18. Juli 1922 betr. die Zollstatistik. Sie enthält die Worte: „Die polnische Regierung kann es nicht gestatten, daß die geschlossenen Abkommen und Verträge durch die Freie Stadt bezw. ihre Organe in skrupelloser und aufreizender Weise gebrochen werden.“ Dasselbe Schreiben enthält ferner die Drohung, daß die polnische Regierung sich in dem Falle, daß der Senat nicht dem Verlangen der polnischen Regierung hinsichtlich der Zollstatistik nachgibt, sich gezwungen sehen wird, „unabhängig“ von der Handlung, welche sie vor den zuständigen internationalen Behörden anhängig machen wird, sofort Verordnungen zum Schutze ihres Rechts zu erlassen, ohne Rücksicht darauf, welche Folgen diese Verordnungen für die Freie Stadt Danzig haben werden. Der Senat hat darauf erwidert, daß die Fassung dieses Schreibens in solchem Maße von den Gepflogenheiten der internationalen Höflichkeit abweicht, daß es ihm unmöglich sei, im gleichen Tone zu erwidern und daß er sich eine derartige Bemerkung verbitten müsse. Was die Drohung anlangt, so bedeutet sie nichts anderes als ein Ultimatum, sich dem polnischen Standpunkt zu fügen, oder einen Wirtschaftskrieg mit Danzig zu beginnen. Dieser Standpunkt widerspricht offensichtlich den Bestimmungen des Vertrages von Versailles und der Konvention, insbesondere dem Artikel 39, wonach jede Meinungsverschiedenheit zwischen Polen und Danzig der Entscheidung des Hohen Kommissars des Völkerbundes unterbreitet werden soll. Wenn die polnische Regierung ihre Drohung durchsetzen würde, so würde § 39 illusorisch gemacht. Hiergegen hat der Senat den Schutz des hohen Kommissars angerufen, vor dem die Angelegenheit in Verbindung mit den Bestimmungen über Zollstatistik bereits verhandelt wird.

In der Sitzung des Hauptausschusses des Volkstages vom 14. August, hat der stellvertretende Präsident des Senats, Dr. Ziehm, nachstehenden Aufschluß über schwebende Streitfragen mit Polen gegeben:

Der hiesige diplomatische Vertreter Polens, Herr Plucinski, hat nach der deutschen Morgenausgabe der „Gazeta Gdanska“ vom 7. August 1922 einem Redaktionsmitgliede des „Kurier Warszawski“ eine Unterredung über das Verhältnis der Freien Stadt Danzig zur Republik Polen gewährt und dabei die Behauptung aufgestellt, daß die Freie Stadt Danzig die ihr nach dem Danzig-polnischen Abkommen vom 24. Oktober 1921 und den Entscheidungen des hohen Kommissars und des Völkerbundsrates obliegenden Verpflichtungen in den nachstehend angeführten Angelegenheiten nicht erfülle:

In der Ausweisungsfrage behauptet der diplomatische Vertreter der Republik Polen auf Grund der Entscheidung des hohen Kommissars und des Beschlusses des Völkerbundes vom 13. Mai 1922 ein Recht darauf zu haben, vor der Ausweisung eines polnischen Staatsangehörigen über dessen Namen und die Gründe seiner Ausweisung durch die Regierung der Freien Stadt Danzig unterrichtet zu werden. Diese Auffassung findet in dem Beschluß des Völkerbundes nicht nur keine Stütze, sondern steht mit ihm in einem unvereinbaren Widerspruch. Die Entscheidung des Völkerbundsrates vom 13. Mai 1922, durch die der Bericht des Vertreters der Kaiserlich-japanischen Regierung beim Rate des Völkerbundes in der Ausweisungsfrage zum Beschluß erhoben wurde, stellt lediglich fest, daß die Danziger Staatsregierung zur Ausweisung polnischer Staatsangehöriger berechtigt ist, und daß die polnische Regierung das Recht hat, gegen eine solche Maßnahme an den hohen Kommissar des Völkerbundes zu appellieren. Die Behauptung des diplomatischen Vertreters der Republik Polen, daß Danzig durch den Beschluß des Völkerbundsrates verpflichtet sei, vor der Ausweisung eines Polen dessen Namen und den Grund der Ausweisung der polnischen Regierung mitzuteilen, entbehrt daher jeder Grundlage.

Der Behauptung, Danzig habe durch die unterlassene Uebernahme der polnischen Vorschriften betr. die Zollstatistik seine Verpflichtungen gegenüber der polnischen Regierung nicht ausgeführt, muß auf das Entschiedenste widersprochen werden.

Nach Artikel 197 g des Abkommens vom 24. Oktober 1921 gelangt auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig am 1. Januar 1922 mit verbindlicher Kraft zur Anwendung: „das Gesetz vom 11. Oktober 1919 über die Organisation der Verwaltungsstatistik (Dziennik Ustaw N. P. 85 Pos. 464), soweit es die Zollstatistik betrifft.“ Die Freie Stadt Danzig erkennt an und hat niemals bestritten, daß dieses Gesetz in Danzig gilt. Dagegen ist Danzig nach dem Abkommen vom 24. Oktober 1921 grundsätzlich nicht verpflichtet, Vorschriften zu übernehmen, welche über das Gebiet der Regelung der Zollgesetzgebung hinausgehen. Die Vorschriften der Verordnung vom 10. November 1921, deren Einführung Polen jetzt verlangt, betreffen aber nicht die Zollstatistik, sondern regeln die Außenhandelsstatistik, die ein selbständiger Verwaltungszweig in Danzig ist und bezüglich der Danzig den polnischen Vorschriften nicht unterworfen ist.

Der Widerspruch, in dem die geforderte Uebernahme der Verordnung vom 10. November 1921 zur Pariser Konvention steht, wird noch klarer, wenn man sich den Inhalt der erwähnten Verordnung vergegenwärtigt. Diese Verordnung schreibt u. a. ausschließlich die polnische Sprache und das polnische Hoheitszeichen vor. Ferner verlangen die Formulare für die Außenhandelsstatistik ausschließlich die polnische Sprache. Im Gegensatz hierzu schreibt die Pariser Konvention ausdrücklich vor, daß die Zollformulare in ihrem gedruckten Teil deutsch und polnisch angelegt sein müssen und ebenso deutsch und polnisch ausgefüllt werden können. Es muß daher festgestellt werden, daß das Verlangen der polnischen Regierung dem Abkommen vom 24. Oktober 1921 widerspricht.

Weiter behauptet der polnische diplomatische Vertreter, Danzig halte die feierlich übernommenen Verpflichtungen nicht, indem es entgegen dem Abkommen vom 24. Oktober 1921 die Eintragung einer Zweigniederlassung polnischer Gesellschaften in das Danziger Gerichtsregister von der Genehmigung des Senats abhängig mache.

Diese von ihm bereits mehrfach aufgestellte, von Danziger Seite eingehend widerlegte Behauptung wird durch die Wiederholung nicht richtiger. Denn in Artikel 37 des erwähnten Abkommens wird mit klaren, nicht mißzuverstehenden Worten für alle ausländischen, also auch die polnischen, Gesellschaften bestimmt:

„Die Begründung einer Zweigniederlassung durch eine ausländische Gesellschaft im Gebiet der Freien Stadt Danzig bedarf der Genehmigung der Freien Stadt Danzig.“

Darüber, daß für Polen keine Ausnahme gemacht werden sollte, herrschte bei der Abfassung und Redaktion der Bestimmungen zwischen der Danziger und polnischen Delegation völlige Einigkeit. Die jetzige Berufung auf Artikel 41 letzten Satz, wonach polnische Gesellschaften zum Gewerbebetrieb einer Genehmigung nicht bedürfen, ist irrig. Denn, daß „Zulassung zum Gewerbebetrieb“ und „Eintragung als Zweigniederlassung ins Gerichtsregister“ nicht etwa dasselbe bedeuten, sondern grundverschieden voneinander sind, ergibt sich am besten daraus, daß Gewerbebetrieb einer ausländischen Gesellschaft im Inlande auch ohne Begründung einer Zweigniederlassung möglich ist und sehr häufig vorkommt. Artikel 41 bezweckt nach seinem Sinn und Wortlaut lediglich, polnischen ausländischen Gesellschaften, die nicht in Danziger Register eingetragen sind, den Gewerbebetrieb zu gestatten, ohne daß es der nach der Gewerbeordnung für andere ausländische Gesellschaften erforderlichen Genehmigung bedarf.

Das polnische Parteiwesen.

(Vom Warschauer Korrespondenten der SPD.)

Sich in das Parteiwesen eines fremden Landes einzuarbeiten, ist eine schwierige Aufgabe. Dies gilt selbst für Fälle, in denen es sich um Länder handelt, deren wirtschaftliche und geistige Grundlagen den unsrigen verwandt sind. In weit höherem Maße gilt das aber von einem Lande wie Polen, das aus drei verschiedenen Stücken mit verschiedenen Traditionen zusammengeschweißt ist und auch in seinem Parteiwesen sich diesen neuen wirtschaftlichen Bedingungen entsprechend erst noch entwickeln muß.

Heute zeigt das durchaus die Kennzeichen der Gärung und der Unreife. Dies äußert sich nicht nur darin, daß es unverhältnismäßig viele Parteien gibt, darunter naturgemäß eine Menge unbedeutender und vorübergehender Gründungen, sondern vor allem in dem Fehlen klarer politischer Programme. Wir sind gewohnt, daß in dem Programm einer großen Partei auf dem Hintergrunde einer bestimmten Weltanschauung ein wirtschaftliches und politisches System entwickelt wird, das die Stellung dieser Partei bis in die kleinen Tagesfragen hinein regelt. In Polen ist das Parteiwesen erheblich primitiver, und vollends die kleinen Parteien sind vielfach nur die Folge persönlichen Ehrgeizes oder persönlicher Streitigkeiten.

Scharf umrissene, in ihren Zielen selbständige Parteirichtungen, gibt es in Polen eigentlich nur drei: Sozialisten, Bauern und Nationaldemokraten. Charakteristisch für polnische Verhältnisse ist, daß diese Hauptparteigruppen sich im wesentlichen aus verschiedenen ehemaligen Teilgebieten rekrutieren. Die Hauptstütze der Nationaldemokratie ist Posen (und die Stadt Warschau), die Sozialisten haben ihren stärksten Anhang im früheren Kongreßpolen, und die Bauernparteien rekrutieren sich zum größten Teil aus Galizien.

Ueber das sozialistische Programm ist nichts Besonderes zu sagen. Das den Polen eigene starke Nationalgefühl läßt auch im polnischen Sozialismus bei nationalen Streitfragen internationale Gesinnung schwer aufkommen.

Die Bauern sind in verschiedene Parteien gespalten, wobei außer Streitigkeiten der Führer auch die verschiedene Besitzgröße eine Rolle spielt. Alle Bauernparteien vertreten lediglich enge Standesinteressen, wozu das niedrige kulturelle Niveau breiter Massen der bäuerlichen Bevölkerung stark beiträgt.

Interessant ist die Vorgeschichte der Nationaldemokratie. Ursprünglich war die nationaldemokratische Bewegung eine politische Unabhängigkeitsbewegung. Sie hatte daher in Galizien, wo die Polen keiner politischen Bedrückung ausgesetzt waren, nur geringe Erfolge. Um so mehr blühte sie in Posen. In Rußland aber wandelte sich die Nationaldemokratie unter dem Einfluß ihres Führers Dmowski allmählich zu einer russophilen Partei, die sich mit einem autonomen Polen im Rahmen des russischen Reiches begnügen wollte und in Deutschland den Erbfeind der Polen und der Slawen überhaupt sah. Zu dieser Wandlung der Nationaldemokratie hat die russische Revolution von 1905/06 stark beigetragen: denn sie erweckte in den sozialen Schichten, die die Nationaldemokratie tragen: Mittelstand, Industrie, Großgrundbesitz, die Angst vor dem Sozialismus. Heute ist die Nationaldemokratie, die außerdem eine extrem-klerikale Partei ist, nicht nur die schärfste Gegnerin der Deutschen und Juden, sondern auch der Sozialisten. Daß sie es zu einer besonders einflußreichen Stellung gebracht hat, verdankt sie zum Teil ihrer ausgezeichneten und über viele Mittel verfügenden Organisation, zum Teil aber auch dem Umstand, daß sie als einzige polnische Partei ein in sich geschlossenes politisches Programm besitzt, das auch die Außenpolitik umfaßt. Alle übrigen polnischen Parteien leben in außerpolitischen Fragen von der Hand in den Mund, begnügen sich bald mit allgemeinen Redensarten, bald folgen sie opportunistischen Erwägungen. Die Nationaldemokratie dagegen vertritt konsequent das Ziel eines zentralistischen Nationalstaates, befreundet mit der Entente, in erster Linie mit Frankreich, in guten Beziehungen zu Rußland, mit der Front gegen Deutschland. Für ein so einfaches und klares Programm ist natürlich auch der Beifall der Straße leicht zu gewinnen, und die Nationaldemokratie versteht das auszunutzen. Die einzige außenpolitische Konzeption neben der nationaldemokratischen, die in Polen politische Bedeutung hat, ist der Gedanke eines föderalistischen Staatenbundes von den Baltenstaaten bis zur Ukraine, der vor allem einer Wiederherstellung Rußlands in seinen alten Grenzen vorbeugen soll. Träger dieses Gedankens ist aber nicht eine mächtige Partei, sondern eine Gruppe um den Staatschef gescharter Militärs und Intellektueller, das sogenannte Belvedere, die bisherige Entwicklung ist bekanntlich durchaus nicht nach diesem Plan erfolgt.

Von den zahlreichen andern, hier nicht genannten Parteien sind einige Filialen der Nationaldemokratie, andere wieder umschillernd bald mehr liberal, bald mehr konservativ gefärbte Gruppen des Bürgertums. Mit Ausnahme etwa der Nationalen Arbeiterpartei, die, außer in reinen Klassenfragen, von der Nationaldemokratie beeinflußt wird, und den galizischen Konservativen, die einen Teil ihrer Bedeutung aus der Zeit der österreichischen Herrschaft noch gerettet haben, sind alle diese kleinen Gruppen für das politische Leben Polens ohne große Bedeutung. Insbesondere hat die bürgerliche Demokratie in Polen es bisher immer nur zu schwachen und kurzlebigen Organisationen gebracht.

Freilich darf man bei einer Betrachtung des polnischen Parteiwesens nicht vergessen, daß in Polen viele Millionen Nicht-Polen: Deutsche, Juden, Ukrainer, Weißrussen, Litauer leben, die je nach ihrer nationalen Eigenart und der sozialen und kulturellen Schichtung ihrer Stammesangehörigen eine besondere eigentümliche Entwicklung ihres Parteiwesens haben. Da in Polen bisher leider eine Politik der Entrechtung der Minderheiten getrieben worden ist, besteht für Polen selbst die Gefahr, daß diese Minderheiten nicht organisch dem politischen Leben des Staates sich einfügen, sondern in Wahrung ihrer bedrohten Interessen eine oppositionelle Stellung einnehmen, vielleicht sogar als Minderheitenpartei einen einheitlichen Block bilden. Den Schaden von einer solchen Entwicklung würde Polen selbst haben, und die Verantwortung hierfür der polnische Chauvinismus, das heißt, in erster Linie die Nationaldemokratie tragen.

Der Mord in der Etappe.

Wir haben unlängst einen ausführlichen Bericht über die grauenvollen Vorgänge gebracht, die zum Tode des Barons d'Udekem führten. Das Wolffsche Bureau verbreitet nunmehr eine auf die Kenntnis der deutschen Akten gestützte ausführliche Darstellung, die im Wesentlichen mit den vom Schwurgericht Gent zutage geförderten Tatbeständen, auf die unser Bericht gestützt war, übereinstimmt. Neu sind lediglich die Mitteilungen, die sich in der deutschen Darstellung über das Schicksal der in Belgien im Kontumazialverfahren zum Tode verurteilten früheren Offiziere Freiherr Nickolt von Gagern und Prinzen zu Stolberg-Roßla. Die amtliche deutsche Darstellung teilt hierüber folgendes mit:

„Dem Prinzen Stolberg ist durch die Amnestie vom 27. Januar 1917, unter die alle militärgerichtlich verhängten, sechs Monate nicht übersteigenden Freiheitsstrafen fielen, der nicht verbüßte Rest der Strafe erlassen worden. Er ist im Jahre 1917 schwer verwundet worden und 1920 in St. Blasien gestorben. Gagern, der seit dem 28. März 1916 in Untersuchungshaft war, hat seine Strafe bis zum 16. Januar 1919 im Zuchthaus zu [illegible] verbüßt, dann ist er auf Grund der militärischen Amnestie des Rates der Volksbeauftragten vom 7. Dezember 1918 („Reichsgesetzblatt" Seite 1415) aus dem Zuchthaus entlassen worden. Durch § 5 Absatz 2 dieser Verordnung wurde auch solchen Verurteilten, die noch mehr als ein Jahr Freiheitsstrafe zu verbüßen hatten, der Rest mit einer Bewährungsfrist von 3 Jahren erlassen, falls die Erwartung gerechtfertigt war, daß sie die Freiheit nicht zu neuen Straftaten mißbrauchen würden. Diese Vorschrift ist durch Entscheidung des Präsidenten des Reichsmilitärgerichtes auf Gagern angewendet worden. Eine Kritik dieser Amnestierung versagt sich die Reichsregierung. Gagern lebt im Auslande. Die strafrechtliche Verfolgung gegen ihn wieder aufzunehmen, ist angesichts der erfolgten Amnestierung nach den bestehenden Gesetzen unmöglich.

Die Reichsregierung ist infolgedessen nur in der Lage, eine rückhaltlose Darstellung des Sachverhaltes zu geben. Sie weiß sich mit der Oeffentlichkeit des In- und Auslandes in der Verurteilung der ungeheuerlichen Tat eins."

Wenn auch die Reichsregierung sich aus leicht verständlichen Gründen eine Kritik des Amnestieverfahrens versagen muß, so wollen wir uns doch nicht verhehlen, daß es sich hier zweifellos um einen ganz ungewöhnlich schweren Mißgriff handelt, der das Vorgehen des Reichsmilitärgerichtes als einen besonders krassen Fall von Klassenjustiz kennzeichnet. Die Abstellung der Militärjustiz ist in ihrer Berechtigung auch durch diesen nachträglich bekanntgewordenen Fall gerechtfertigt. Niemals hätte ein Arbeiter so milde Beurteilung gefunden, und niemals wäre er der Amnestie würdig befunden und auf Bewährungsfrist entlassen worden — obwohl doch ein Arbeiter niemals in der Lage gewesen wäre, gleich diesem Herrn von Gagern sich durch Flucht ins Ausland jeglicher Kontrolle und jeglicher zukünftigen Gerichtsbarkeit zu entziehen!

Lord Northcliffe †.

Der englische Zeitungskönig Lord Northcliffe ist gestern gestorben.

Lord Northcliffe, dessen eigentlicher Name Alfred William Harmsworth lautete, hatte sich schon in jüngeren Jahren aus kleinen Verhältnissen zum großen Zeitungsmagnaten der Welt heraufgearbeitet. U. a. gehörten zu seinem Konzern die „Times". Auch in Amerika unterstanden seinem Einfluß mehrere größere Zeitungen. In allen seinen Blättern kam eine ausgesprochene deutschfeindliche Politik zum Ausdruck.

Monarchistische Umtriebe in Oesterreich.

In Wien verhaftete die Polizei den Präsidenten der österreichischen Staatspartei Kuno Hoynigg auf Grund von Gerüchten, wonach Hoynigg für Dienstag oder Mittwoch einen monarchistischen Putsch in Wien plane und eine Besetzung der wichtigsten Staatsgebäude und Internierung der republikanischen Führer beabsichtige. Da positive Anhaltspunkte hierfür nicht gefunden werden konnten, wurde Hoynigg nach Verhör wieder entlassen.

Kommunistische Ausschreitungen. Die „Vossische Zeitung" berichtet aus Pirmasens von schweren Ausschreitungen der Kommunisten bei der von den beiden sozialistischen Parteien veranstalteten Verfassungsfeier. Die Kommunisten versuchten die Redner zu stören, wobei es zu einem Handgemenge kam und die Feier geschlossen werden mußte.

Landarbeiterstreik in Hessen. In den Kreisen Kassel, Hofgeismar, Eschwege, Witzenhausen, Homberg, Melsungen, Wolfhagen, Rotenburg, Hersfeld und Fritzlar sowie im Freistaat Waldeck ist ein allgemeiner Landarbeiterstreik ausgebrochen. Die Notstandsarbeiten werden verrichtet. Der Landarbeiterverband hat den Schlichtungsausschuß angerufen, vor dem am Mittwoch Verhandlungen stattfinden.

Die Kohlennot in Berlin. Das Kohlenamt der Stadt Berlin hat an drei verschiedenen Stellen Groß-Berlins etwa 7000 Zentner Steinkohle im Werte von mehr als einer Million Mark beschlagnahmt. Die beschlagnahmten Kohlen werden unverzüglich den städtischen gemeinnützigen Anstalten zugeführt werden.

Ein neues Parteiblatt in Deutsch-Oberschlesien. Da das bisherige oberschlesische Parteiorgan, der „Volkswille", der seinen Sitz in Kattowitz hat, in Polnisch-Schlesien verbleibt, wird ab 1. August unter dem Namen „Volksblatt" in Hindenburg ein neues Parteiblatt herausgegeben. Das neue Blatt wird der sozialistischen Bevölkerung Deutsch-Oberschlesiens bei den künftigen politischen Kämpfen und der aussichtsvollen Entwickelung Oberschlesiens ein tatkräftiger geistiger Führer sein.

Alwin Gerisch als Schriftsteller.

Alwin Gerisch Fähigkeiten waren mannigfaltiger Art. Er war nicht nur der Parteimann und berufene Führer breiter, aufstrebender Massen, in ihm steckte auch ein Stück Künstlertum. In diesem Künstlertum, das sich in zahlreichen Erzählungen und Romanen erprobte, loderte ein zäher Kämpfergeist für alles Wahre, Freiheitliche und Lichtvolle. Gerischs dichterisches Schaffen wurzelte in einer starken, innigen Heimatliebe. Seine erzgebirglerischen Waldleute waren es, an denen sein Herz hing. Ihre Armut, ihre Unwissenheit, ihre Weltabgeschiedenheit waren ihm immer wieder das Milieu, in das er seine Aufklärung bringende und sozialistisch handelnden Haupthelden hineinsetzte. Ungezählte solcher Skizzen hat er geschrieben. Und er verstand es, den richtigen Ton zu treffen. Seine Arbeiten („Der Gotteslästerer", „Maria und Josef", „Die Hauerhütte" usw.) wurden förmlich verschlungen; die verhältnismäßig hohe Auflage seiner Buchveröffentlichungen (Verlag der Buchhandlung Vorwärts) hat denn auch bewiesen, wie sehr literarische Gaben der von Gerisch gepflegten Art in den Kreisen der Parteigenossen verlangt wurden. Gerisch verstand es meisterlich, seine Romanfiguren so zu zeichnen, wie sie von den Arbeitern gesehen werden wollten. Sie entsprechen nur zu einem Teil der Wirklichkeit, er idealisierte sie gern, läuterte ihr Wollen. Um so kräftiger und realer wirkte der Untergrund, auf dem er sie handeln ließ. Alle Nebenfiguren waren derbes, festes, kerniges Landproletariat. Meisterlich verstand er es auch, die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gegensätze gegeneinander auszuspielen: Fabrikantentypen, höhere Beamte. Namentlich den Geistlichen wischte er gern eins aus; am trefflichsten ist ihm eine solche Gegenüberstellung zweier sich befehdenden Weltanschauungen (christliches Muckertum und Sozialismus) in der groß angelegten Friedhofsszene im „Gotteslästerer" gelungen. Aus dem erzgebirgischen Milieu heraus fällt wohl nur eine, bisher noch nirgends veröffentlichte Arbeit in Romanform, um die sich Groß-Berliner Arbeiterleben zur Zeit des Sozialistengesetzes als Rahmen spannt. In allen literarischen Arbeiten Gerischs tritt ein zärtliches Sichversenken in die [illegible] seiner Erzgebirgsheimat hart hervor. Auch auf diesem Gebiet dürften seine Schöpfungen späteren Zeiten noch manches Wertvolle geben. Gerischs Stärke war in erster Linie sein stark ausgeprägter Sinn für alles Volkstümliche, das lag ihm im Blute; das half ihm selbst dort über Schwierigkeiten, wo seine Erzählungen ins allzubreite gerieten. Was er der deutschen Sozialdemokratie an Schöngeistigem gegeben, wird noch lange erfreuen: Den Jungen ein Ansporn, den Alten ein Spiegel, in dem sie ein Stück eignen Lebensganges zu erschauen wähnen.

Haftentlassung Goerings. Der Dichter der „Seeschlacht", Reinhard Goering, Träger des Schillerpreises, war Anfang Juni unter dem Verdacht der Unterschlagung verhaftet worden. Er hat zwei Oelgemälde für 50 000 Mark verkauft, die sich in der ihm zur Benutzung überlassenen Wohnung seines Freundes, des Gerichtsassessors a. D. Kautz, befanden. Goering wurde von der Staatsanwaltschaft zunächst der Landesheil- und Pflegeanstalt in Königslutter überwiesen, da Zweifel bestanden, ob er zur Verantwortung gezogen werden könnte, wenn es sich dabei überhaupt um eine strafbare Aneignung der Bilder handelte. Jetzt ist Goering aus der Haft entlassen, da Fluchtverdacht nicht vorliegt. Die Aerzte sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß Goering nicht den Schutz des § 51 des Reichsstrafgesetzbuches genießen kann. Es ist nunmehr die gerichtliche Voruntersuchung gegen Goering eröffnet worden, der bestreitet, sich strafbar gemacht zu haben. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen. Goering selbst erklärt, er habe ein Interesse daran, daß die Anschuldigungen gegen ihn in öffentlicher Verhandlung geklärt würden, damit sein Ruf als Dichter und als Mensch rein bleibe.

Gulbransson, der schwedische Zeichner und Maler, der als Mitarbeiter des Simplicissimus seit vielen Jahren in München lebt, war für ein Lehramt an der Berliner Hochschule für die bildenden Künste in Aussicht genommen. Doch hat der Künstler die Berufung abgelehnt. Das geschah, wie das „Kunstblatt" berichtet, auf echt Gulbranssonsche Art: er soll auf einer Postkarte sich in Selbstkarikatur als schüchternes Mädchen gezeichnet und darunter die Antwort geschrieben haben: „Sprechen Sie mit Mama!"

Das metrische System in Polen. Der polnische Reichstag hatte eine Kommission eingesetzt, die sich mit allem zu beschäftigen hat, was Industrie, Gewerbe und Handel angeht. Diese Kommission hat sich jetzt zugunsten der allgemeinen Einführung des metrischen Systems ausgesprochen. Man hofft, daß der gesamte Reichstag sich diesem Vorschlage anschließen wird. In diesem Falle würde wohl bereits mit dem 1. Jan. 1923 aller Kleinhandel nach dem metrischen Maß- und Gewichtssystem zu erfolgen haben; dem Großhandel würde man noch ein Jahr länger Zeit lassen, sich in die Neuzeit zu finden. In den früher deutschen und österreichischen Landesteilen rechnet man schon längst Meter, Litern, Kilogramm usw.; aber das alte russische Kongreßpolen ist noch zu sehr an die „Pud" und „Werst" gewöhnt. Man wünscht aber einheitliches Maß im neugeeinten Polen und zieht in diesem Falle die metrische Ordnung vor.

Neue Feststellung über die Seekrankheit. Nach dem Fachbericht über die jüngsten Untersuchungen Schwerdts über das Wesen der Seekrankheit stellt diese eine Art von Selbstvergiftung des Körpers dar, die dadurch zustande kommt, daß die beim Prozeß des Stoffwechsels entstehenden Schlacken, die im Körper oft jahrelang zurückgehalten werden, nun auf einmal infolge der starken Schiffsbewegungen derartig durcheinander geschüttelt werden, daß sich ihre Moleküle vollständig umgruppieren. Hierdurch entstehen Vergiftungen, die der Körper durch verschiedene Gegenmittel, wie Erbrechen, Schweißausbrüche und dergleichen zu bekämpfen sucht, so daß also diese typischen Symptome der Seekrankheit eigentlich als Selbstschutzmittel des Körpers gegen die Vergiftung aufzufassen wären.

Amerikanisches Urteil gegen einen Tierschänder. Von dem Gericht in Malden, Massachusetts, wurde einem gewissen Hammond W. Putnam, weil er seinem Pferde nicht die gehörige Fütterung und Pflege hatte zukommen lassen, aufgegeben, zwei Nächte lang im Stalle des Pferdes zu schlafen und das Pferd derweilen auf die Weide zu lassen; der Richter ließ den Angeklagten wissen, daß, wenn das Pferd nach vierzehn Tagen sich in besserem Zustande befinde, er von einer weiteren Strafe absehen wolle.

Beilage der Danziger Volksstimme

Nr. 190 | Dienstag, den 15. August 1922 | 13. Jahrgang

Danziger Nachrichten.

Brot ist gewachsen . . .

Doch wogte das Aehrenfeld, das Sinnbild dessen, was der Mensch im nächsten Jahre bedarf, das Brot, ist herangereift zur goldenen Frucht. Für wen? Um das Brot spinnen sich tagaus, tagein mühselige Kämpfe ab, befehden sich die Menschen untereinander, mühen und quälen sich ab, und doch haben die den meisten Anteil, die nicht in das Joch des Alltags gespannt sind. Und wir sind offen genug, dem Volk entgegenzurufen, daß nur der essen soll, der gesellschaftlich nützliche Arbeit verrichtet, nicht aber der, der sein Leben in Müßiggang vollbringt, während die anderen sich abrackern und darben müssen . . .

Sehen wir uns genau um: Mag die Ernte noch so gut sein, viele Produzenten sind darauf bedacht, gleichwohl den Preis immer mehr in die Höhe zu schrauben. Sie kümmern sich den Teufel darum, ob die Not unter dem Proletariat immer unerträglicher wird, denn das Geld lacht und seien es nur lumpige Papierscheine. Handelsfreiheit bedeutet für diese die Freiheit des Handelns, unbeschadet aller Verelendung den eignen Reichtum zu mehren, Schätze zu erraffen, die dereinst die Motten und der Rost fressen . . .

Zu allen Zeiten haben die Hungernden und Darbenden nach Brot gerufen, und in den Wirrnissen des Krieges mußten sie es beim Genuß von „Handgranaten", „Unterseebooten" und „Drahtverhau" (Kartoffeln, Heringen und Dörrgemüse) und den entsetzlichen, ohne Fettzusatz zubereiteten Kohlrüben wie blutigen Hohn empfinden, wenn sich die Besitzenden an Kuchen gütlich taten! Die Kinder der Armut gingen hungrig ins Bett, hungrig zur Schule und die Väter und Söhne verspritzten draußen im Schlamme der Schützengräben unter dem Hagel einschlagender Geschosse gegen einen „Feind", der ihnen nie ein Leides getan, ihr Herzblut für eines Cäsaren Wahnsinn . . .

Heute gibt es soviel Brot auf der Welt, daß niemand zu hungern brauchte. Es ist aber nur für die da, die durch Begaunerung ihrer Volksgenossen, durch schnöde Gewinnsucht zu Vermögen gekommen sind. Noch immer darbt das Volk, noch immer muß die Arbeiterfrau den Kindern das Brot von Tag zu Tag dünner schneiden, weil alles teurer wird und weil die Schuldigen von dieser menschlichen Tragödie anscheinend keine Ahnung haben.

Sie kennen wohl auch nicht die Sorgen der Alten, Kranken und Invaliden. Denn sonst würde doch nicht jedes Gefühl der Menschlichkeit in ihnen erstickt sein. Gibt es keinen Ausweg aus diesem Elend? Gewiß. Lest die Presse, die für euer Elend Verständnis hat, die ihre Lebensaufgabe darin erblickt, euch aus dem Jammerdasein in ein schöneres Land der Freiheit und Harmonie zu führen, die auch die nötige Aufklärung darüber bringt, daß eure Stärke zur Abwehr allen Kulturwidersinns im Sozialismus liegt, der den Weg weist, die Not und das Elend der Enterbten des Glückes zu bannen!

Erhöhung der Beamten-Ausgleichszuschläge.

Dem Volkstag liegt bekanntlich ein Gesetzentwurf vor, der eine Erhöhung des allgemeinen Ausgleichszuschlages zum Grundgehalt, zur Grundvergütung, zum Ortszuschlag und zu den Kinderbeihilfen der unmittelbaren Staatsbeamten mit Wirkung vom 1. Juli 1922 ab von 105 auf 160 Prozent und mit Wirkung vom 1. August von 160 auf 185 Prozent vorsieht. Der Hauptausschuß des Volkstages hat bereits am 5. d. M. seine Zustimmung zu dieser Vorlage erteilt. Auf Grund des Beamtendiensteinkommengesetzes vom Dezember 1921 ist die Stadtgemeinde Danzig verpflichtet, für die städtischen Beamten und Lehrpersonen die gleiche Erhöhung der Bezüge eintreten zu lassen. Ebenso müssen die Bezüge der städtischen Beamten im Vorbereitungsdienst, der Angestellten, der Ruhegehaltsempfänger und der Hinterbliebenen erhöht werden.

Die Senatsverwaltung der Stadtgemeinde hat beschlossen, die neuen Zulagen bis zur endgültigen Bewilligung vorschußweise zu zahlen, nachdem der Hauptausschuß des Volkstages die Zustimmung hinsichtlich der unmittelbaren Staatsbeamten usw. gegeben hat und nachdem der Kämmereiausschuß für die städtischen Beamten und Angestellten diesem Beschlusse beigetreten ist. Die Auszahlung der Beträge soll schon Ende dieser Woche, spätestens aber im Verlaufe der nächsten Woche erfolgen.

Bei der Verlosung auf dem Partei-Sommerfest sind folgende Losnummern gezogen, die Gewinne aber nicht abgeholt worden: 66 (Gewinn 4), 71 (6), 91 (1), 127 (9), 249 (2), 663 (3), 756 (7), 769 (12), 899 (10). Die Gewinne können gegen Vorzeigen des Loses in der Volksstimme, Am Spendhaus 6, am Mittwoch, in Empfang genommen werden.

In der Lohnstreitsache im Schuhmachergewerbe ist eine Einigung dahin erzielt worden, daß vom 14. August dieses Jahres ein Teuerungszuschlag von 50 Prozent auf den bestehenden Lohntarif gezahlt werden soll. Die Schuhmacher-Innung wird ihren in diesen Tagen herausgegebenen Preistarif entsprechend heraufsetzen.

Taschendiebereien im D.-Ing. Vor dem Schöffengericht hatte sich ein Friseur Jan Kistorski aus Warschau wegen Taschendiebstahls zu verantworten. Am 24. Juni abends stand ein Schnellzug nach Warschau auf dem hiesigen Hauptbahnhof zur Abfahrt bereit. Ein Weichenwärter bemerkte den Angeklagten als er sich an einen Rückwanderer herandrängte. In einem Abteil fand er darauf eine leere Geldbörse. Er erkannte die gefundene Börse als die seinige wieder. Vorher waren in der Börse 8 Dollar, die jetzt fehlten. Er ließ den Angeklagten festnehmen, der jedoch die Tat leugnet. Man fand bei ihm noch 6 Dollar vor. Ferner hatte er eine Bahnsteigkarte und eine Fahrkarte nach Dirschau, sowie die Klinge eines Rasiermessers bei sich. Gegen eine Kaution von 5000 Mark wurde er auf freien Fuß gelassen. Zu der Verhandlung war er erschienen und bestritt die Tat. Der Weichenwärter bekundete, daß er den Angeklagten vom Bahnsteig aus beobachtete und dieser der Täter sein müsse. Eine andere Person könne nicht in Betracht kommen. Ein Kriminalbeamter hat, unter Benutzung von Fingerabdrücken, Ermittelungen über die Persönlichkeit des Angeklagten vorgenommen und dabei folgendes festgestellt: Er war Mitglied einer achtköpfigen Einbrecherbande, die in Zoppot festgenommen wurde. 5 Personen davon wurden bestraft, der Angeklagte aber entlassen, da für seine Mittäterschaft nicht ausreichende Beweise vorlagen. Die Polizeiverwaltung in Warschau hat der Danziger Polizei mitgeteilt, daß der Angeklagte dort als geschickter und berüchtigter Taschendieb bekannt sei. Der Amtsanwalt und das Gericht gewannen die Ueberzeugung, daß der Angeklagte, der ruhig auftrat, der Täter ist. Die beiden Karten habe er sich gelöst, um sie für alle Fälle zur Hand zu haben. Die Rasiermesserklinge wollte er bei den Taschendiebstählen zum Abschneiden der Taschen benutzen. Das Urteil lautete auf 2 Jahre Gefängnis und sofortige Verhaftung. Der Angeklagte schien durch das Urteil doch überrascht zu sein.

Eine sozialdemokratische Frauenversammlung

findet am Mittwoch, den 16. August, abends 7 Uhr in der Aula Heilige Geistgasse 111 statt.

Volkstagsabgeordneter Gen. Beyer spricht über

Religiöse Kindererziehung.

Anschließend Aussprache.

Die Parteigenossinnen sowie weibliche Angehörige der Parteimitglieder werden um vollzähligen Besuch dieses wichtigen Vortrages ersucht. Gäste können eingeführt werden.

Danziger Arbeiter-Ringer in Königsberg.

Am vergangenen Sonntag fand in Königsberg vor 2000 Zuschauern der erste ostpreußische Arbeiter-Ringwettstreit statt, zu dem Tilsit, Insterburg, Danzig u. a. Ringer entsandt hatten. Bei einer Konkurrentenzahl von 50 Ringern, gelang es der Danziger Mannschaft 17 Siege zu erringen, und folgende Plätze zu belegen: Schwergewicht: 2. Sieger Paul Arke, Abteilung Schildlitz. Schwermittelgewicht: 2 Sieger Anton Schmidt, Abt. Danzig. Leichtmittelgewicht: 1. Sieger Bruno Kroll, Abt. Danzig. Federgewicht: 1. Sieger Aloys Leichtenmüller, Abt. Danzig. 2. Sieger Kurt Weiß, Abt. Schildlitz.

Die Kämpfe wurden kräftig und hartnäckig geführt. Arke hatte im Schwergewicht einen schweren Stand. Er gilt auf der Matte als Anfänger. Vermöge seiner Kraft, gelang es ihm aber, sich zu behaupten. Die schönsten und schwersten Kämpfe lieferte Anton Schmidt in der Schwermittelgewichtsklasse, welche er freiwillig, trotz seines leichten Körpergewichts, für Danzig vertrat. Von vornherein mit überlegenen Gegner zu kämpfen, hatte seine edle und schöne Kampfesweise sehr schnell die Zuneigung der Zuschauer erobert, die ihren Liebling durch stürmischen Beifall belohnten. Im Leichtmittelgewicht konnte neben Kroll, Josef Manski manchen Sieg erringen. Im Leichtgewicht zeigte Pietzyorka, Schildlitz, sein bestes Können. Seine stürmischen Angriffe erledigten manchen Gegner. Auch die Danziger Federgewichtler hatten einen schweren Stand. Leichtenmüller konnte durch seine Zähigkeit und Ausdauer, sich als 1. Sieger, Weiß durch Kraft und überraschende Angriffe als 2. Sieger durchsetzen.

Bei diesem Wettstreit zeigten die Arbeiterathleten, daß sie über gutes Können verfügen. Insbesondere müssen die ostpreußischen Sportgenossen hervorgehoben werden, die an Körperkraft und Ausdauer vorzügliches leisteten. Es war für jeden Sportfreund eine Freude, die schöngebauten Manneskörper kämpfen zu sehen.

Am 27. August findet hier in Danzig ein großer Ringwettstreit statt. Neben den ostpreußischen Arbeiterringern, wird auch Köslin, Stettin, Berlin u. a. m. vertreten sein. Mit einer Teilnehmerzahl von 150—200 Ringern wird gerechnet. Es wird an diesem Tage jedem Freund des Ringsports Gelegenheit gegeben werden, Ringkämpfe im volkstümlichen Sinne zu sehen.

Ehebruch wird trotz Scheidung bestraft. Ein Ehepaar wurde wegen Ehebruchs geschieden. Der Mann machte nun Strafanzeige gegen die Frau wegen Ehebruchs. Die Frau stand mit dem fremden Manne vor dem gemeinsamen Schöffengericht unter Anklage. Das Gericht verurteilte die beiden Angeklagten zu je 1 Tag Gefängnis. Die Sache wurde milde angesehen, da sich herausstellte, daß der geschiedene Ehemann gleichfalls kein Unschuldsengel war, sondern dieselbe Straftat mit einem anderen Mädchen begangen hatte. Den Angeklagten wurde deshalb auch Strafaussetzung gewährt.

Eine Danziger Gasmesserfabrik ist dieser Tage unter dem Namen „Danziger Gasmesserfabrik, G. m. b. H." mit einem Stammkapital von 300 000 Mark gegründet worden. Die Fabrik, die sich die Herstellung, Instandsetzung und den Vertrieb von Gas- und Wassermessern, sowie verwandten Artikeln zur Aufgabe gemacht hat, will nach den Patenten der Firma Kromschröder, A.-G., Osnabrück, arbeiten. Die Fabrikräume sind in der früheren Husarenkaserne 2, Langfuhr, untergebracht. Mit der Fabrikation dürfte etwa Mitte September begonnen werden. Zum Geschäftsführer der Gesellschaft ist Direktor Neubauer bestellt worden.

Freiwillig aus dem Leben geschieden ist der etwa 60 Jahre alte Kunstmaler Ludwig Zimbinski. Er erhängte sich im Waschraum eines hiesigen Hotels. Ueber die Gründe der Tat konnte bisher noch nichts festgestellt werden.

Die Einkommen-Besteuerung.

Ihre Neuregelung im Reiche und in Danzig.

Dem Volkstag liegt bekanntlich ein Entwurf zur Aenderung des Einkommensteuergesetzes vor. Dieser Entwurf war im großen und ganzen dem bisher im Reiche geltenden Gesetz angepaßt. Inzwischen hat der Reichstag auf Grund der in den letzten Monaten eingetretenen Geldentwertung eine wesentliche Aenderung des deutschen Einkommensteuergesetzes vorgenommen.

Sollte der Zweck des im Jahre 1920 geschaffenen Lohnsteuergesetzes auch jetzt noch erreicht werden, dann müßte die Grenze der Einkommen, bis zu der 10 Prozent von Gehalt und Löhnen in Abzug gebracht werden und die zuletzt 50 000 Mark betrug, wesentlich hinaufgesetzt werden. Der Reichstag hat deshalb diese Grenze auf 100 000 Mark erhöht.

Durch die vorgenommene Abänderung ergibt sich sowohl für die unteren wie auch für die mittleren Einkommen eine sehr erhebliche Entlastung.

Nach dem neuen deutschen Gesetz beträgt die Einkommensteuer:

10	Prozent für die ersten	100 000	Mark
15	Prozent für die nächsten	50 000	Mark
20	„ „ „ „	50 000	„
25	„ „ „ „	50 000	„
30	„ „ „ „	150 000	„
35	„ „ „ „	200 000	„
40	„ „ „ „	200 000	„
45	„ „ „ „	200 000	„
50	„ „ „ „	1 000 000	„
55	„ „ „ „	1 000 000	„

für die weiteren Beträge (über 8 Millionen Mk.) 60 Prozent.

Nach dem im Danziger Volkstag vorliegenden neuen Einkommensteuergesetz, das im Ausschuß beraten wird, beträgt die Einkommensteuer:

5	Prozent bei 5000—7000	Mark	
6	„ „ 7000—9000	Mark	
7	„ „ 9000—11 000	Mark	
10	„ „ 11 000—61 000	Mark	
15	„ für die nächsten	10 000	Mark
20	„ „ „ „	20 000	„
25	„ „ „ „	20 000	„
30	„ „ „ „	100 000	„
35	„ „ „ „	100 000	„
40	„ „ „ „	200 000	„
45	„ „ „ „	500 000	„

für die weiteren Beträge (über 1 011 000 Mk.) 50 Prozent.

Diese Gegenüberstellung ergibt, daß in Danzig die kleinen und mittleren Einkommen bedeutend schärfer herangezogen werden als wie in Deutschland.

Die jährlichen Abzüge vom Einkommen betragen nach dem neuen deutschen Einkommensteuergesetz:

Werbungskosten	10 800 Mark
für den Mann	4 800 Mark
für die Ehefrau	4 800 Mark
für jedes Kind	9 600 Mark

Für eine Familie mit einem Kind können jetzt monatlich 250 Mark von der Steuer in Abzug gebracht werden. Der Abzug erhöht sich bei zwei Kindern auf 330 Mark, bei drei auf 410 Mark, bei vier auf 490 Mark, bei fünf auf 570 Mark, bei sechs auf 650 Mark usw.

Somit hat der deutsche Arbeiter, der einen Wochenverdienst von 1200 Mark erzielt, wenn er ledig ist, 88,80 Mk. an Steuer zu entrichten, ist er verheiratet und hat ein Kind, zahlt er 60 Mark Steuer, mit 4 Kindern hat er nur noch 2,40 Mark wöchentlich an Steuern zu entrichten.

Nach dem neuen Danziger Gesetz soll die Höhe der Werbungskosten durch die Ausführungsbestimmungen geregelt werden. Einen Abzug für den Mann sieht auch das neue Danziger Steuergesetz nicht vor. Für die Ehefrau wird eine Ermäßigung der Steuer um 240 Mark gewährt, wenn das steuerbare Einkommen nicht mehr als 50 000 Mark beträgt. Die Steuermäßigung für jedes Kind beträgt 360 Mark, wenn das steuerbare Einkommen nicht mehr als 200 000 Mark beträgt. Wenn man die Zahlen 240 und 360 mit 10 vervielfacht, bieten sie einen Vergleich mit den deutschen Sätzen. Der Vergleich fällt stark zuungunsten Danzigs aus.

Von den deutschen Steuerzahlern können 8000 Mark (in Danzig 3000 Mark), die für Lebensversicherungen ausgegeben werden, in Abzug gebracht werden. Sparrücklagen sind nach dem deutschen Gesetz bis zu 8000 Mark für jeden Familienangehörigen steuerfrei. Das Danziger Gesetz setzt die steuerfreien Sparrücklagen auf höchstens 3000 Mark jährlich fest.

Eine Neuerung bringt das deutsche Gesetz auch insofern, als Steuerpflichtige, die über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig sind und deren Einkommen den Betrag von 50 000 Mark nicht übersteigt, neben den sonstigen Abzügen 2000 Mark von der Steuer in Abzug bringen können. Diese Bestimmung ist auf sozialdemokratische Anregung hin beschlossen worden, um alte Rentner und Pensionäre, die häufig nur ein Einkommen von einigen tausend Mark haben, von der Veranlagung und der Steuerzahlung vollkommen zu entbinden.

Uebersteigen die jährlichen Werbungskosten den Betrag von 12 000 Mark, hat Antrag auf Rückerstattung der zuviel gezahlten Steuern zu erfolgen.

Das deutsche Gesetz tritt mit dem 1. August d. Js. in Kraft.

In der Begründung des neuen Danziger Einkommensteuergesetzes heißt es, daß keine Bestimmung ungünstiger sein dürfte, als sie in Deutschland ist. Dieser Grundsatz muß auch heute noch Geltung haben. Senator Dr. Volkmann wird also gut tun, dem Steuerausschuß neue, verbesserte Vorschläge zu machen. Sache des Ausschusses wird es sein, das vorliegende Gesetz im Sinne des deutschen Einkommensteuergesetzes zu gestalten. Die Sozialdemokratische Fraktion hat bereits eine Reihe wichtiger Verbesserungsanträge ge-

stellt. Zurzeit ist die steuerliche Belastung der kleinen und mittleren Einkommen geradezu ungeheuerlich, sie paßt aber in den Rahmen der allgemeinen Tätigkeit des Senats, alle Lasten auf die breite Masse des Volkes abzuwälzen.

Aus dem Osten.

Konsumgenossenschaftlicher Ostpreußentag.

Für Sonnabend, den 19., und Sonntag, den 20. August, hat der „Verband ostdeutscher Konsumvereine" die dem Verbande angeschlossenen Konsumgenossenschaften des Ostens zu einer besonderen Tagung nach Königsberg i. Ostpr. eingeladen. Folgende zur Beratung gestellten Punkte beanspruchen das größte Interesse auch derjenigen Bevölkerungskreise, die sich der Bewegung bisher ferngehalten haben: 1. Entwicklung der Konsumgenossenschaften im Jahre 1921; 2. die Kapitalkraft der Genossenschaften; 3. der gemeinsame Wareneinkauf; 4. Errichtung von Konsumentenkammern. Für die Referate sind bekannte Genossenschafter gewonnen, die die einzelnen Fragen in sachverständigster Weise beleuchten werden. Ueber die Konsumgenossenschaftsbewegung im Osten wird uns in aller Kürze geschrieben: „Die Verbraucher-Organisationen haben im letzten Jahre eine ungeahnte Entwicklung genommen. In ungeminderter Stärke ist das Bestreben bemerkbar, durch genossenschaftlichen Zusammenschluß den Auswüchsen der Lebensmittelversorgung entgegenzutreten. Die Zahl der deutschen Genossenschaften diesseits des Korridors ist gegenüber 1920 unverändert geblieben, doch ist die Mitgliederzahl von 27 405 auf 31 791 gestiegen. Da jedes Mitglied einen Haushalt von ungefähr 4 bis 5 Köpfen umfaßt, so versorgen die Verbandsgenossenschaften schon heute rund 150 000 Einwohner mit Lebensmitteln, Verbrauchs- und Bekleidungsgegenständen. Die bedeutende Entwicklung der Bewegung zeigt sich auch in der großen Steigerung des Warenumsatzes, der vor Ausbruch des Krieges in den Konsumvereinen der Provinz nur 2 608 292 Mark betrug, im letzten Jahre aber die ansehnliche Höhe von 42 706 918 Mk. erreichte. Die Anzahl der Verkaufsstellen hat sich von 60 auf 80 erhöht u. wurden in den eigenen Betrieben der Genossenschaften für 5 036 083 Mark Waren hergestellt. Als Betriebskapital sind von den Mitgliedern in Form der Geschäftsanteile 1 945 858 Mark (im Vorjahre 1 013 403 Mk.) eingezahlt. An Reserven waren in den Konsumgenossenschaften vorhanden 713 063 Mk. (im Vorjahre 330 854 Mk.). Ueber die Tagung selbst werden wir berichten.

Königsberg. Gegen den Zuckerwucher. Das Königsberger Oberpräsidium gibt bekannt: Es wird verschiedentlich die Vermutung geäußert, daß im Kleinhandel Inlandzucker zu den hohen Preisen für Auslandzucker verkauft wird. Vorläufig sind solche schweren Uebertretungsfälle amtlich noch nicht bekannt geworden. Die Kleinhändler, die Zucker verkaufen, werden jedoch darauf hingewiesen, daß sie durch solche Handlungsweise eines schweren, gegebenenfalls mit Zuchthaus strafbaren Vergehens gegen die Wuchergesetzgebung sich schuldig machen. Eine scharfe Ueberwachung der Geschäfte auf die Zuckerpreise ist angeordnet und wird sofort durchgeführt werden. Es wird daher dringend vor der Abforderung von Wucherpreisen gewarnt.

Königsberg. Die Hafenarbeiter stehen seit gestern morgen im Streik.

Allenstein. Der Steuerflucht schuldig gemacht hat sich der Kaufmann Willi Held, der früher in Allenstein wohnte, sich jetzt aber im Freistaat Danzig aufhält. Es ist daher vom Finanzamt Allenstein sein gesamtes im Inlande befindliches Vermögen mit Beschlag belegt worden.

Tilsit. Einem Doppelmord fielen die 28 Jahre alte Frau des Kistenfabrikarbeiters Wachsmuth und die fünf Jahre alte Stiefschwester der Frau Wachsmuth, ein Mädchen namens Ida Torkler, zum Opfer. Die Leiche der Frau Wachsmuth wurde in einem Kartoffelfeld aufgefunden. Sie wies zahlreiche Messerstiche auf und Schädelverletzungen, die von wuchtigen Hieben mit einem Ziegelstein herrühren. Die Leiche der kleinen Ida Torkler entdeckte man in der Wachsmuthschen Wohnung. Das Kind ist durch Hiebe mit einem Küchenbeil ermordet worden. Als mutmaßlicher Täter wird der 24 Jahre alte Arbeiter Franz Wirwat aus Tilsit angesehen, der flüchtig ist. Der Ehemann der Wachsmuth war zur Zeit der Bluttat nicht zu Hause.

Memel. Frankreichs Absichten im Memelgebiet. Der gegenwärtig im Memelgebiet weilende französische Senator de Monzie erklärte bei einem Empfang durch die memelländische Handelskammer: Es erscheine wünschenswert, daß der Botschafterkonferenz in möglichst eingehender Weise die Bereitwilligkeit des Memelgebiets mitgeteilt würde, den Hafen von Memel als Transithafen für Litauen und Polen zur Verfügung zu stellen. Mit dieser Einschränkung nahm der Senator das ihm von der Handelskammer angetragene Amt an, in Paris den Wunsch von 90 Prozent der Bevölkerung nach Errichtung eines Freistaates Memel zu vertreten.

Schlawe. Braunkohlenvorkommen. In den Jahren 1919 bis 1921 ist in der Gegend von Zanow Rohbraunkohle im Tagebau abgebaut worden. Am 1. März d. Js. mußte jedoch der Betrieb wegen Absatzschwierigkeiten eingestellt werden. Jetzt soll nun der Versuch gemacht werden, den Abbau wieder in Gang zu bringen. Das Lager befindet sich in einer Tiefe von 7 bis 9 Meter in einer Stärke von 2 Meter auf einem Felde, daß etwa 800 Morgen groß ist. Auch in der Nähe von Soltikow findet sich Braunkohle in einer Ausdehnung von 2500 Morgen. Die Kohle findet sich dort in einer Tiefe von 5—7 Metern, die aber teilweise bis zu 20 Meter hinunterreicht. Auch dort war anfänglich nur Tagebau eingerichtet. Jetzt soll die Sache im Großen betrieben werden. Die Anlagen wurden von einer Firma in Pollnow erworben, die eine moderne Brikettpresserei einrichten und gleichzeitig zum Tiefbau übergehen will.

Posen. Der Streik der Landarbeiter gilt als beigelegt. „Robotnik" meldet, daß in der Nähe von Ostrowo die Polizeibeamten die Landarbeiter geschlagen und unbarmherzig gepeinigt hätten.

Aus aller Welt.

Wildwest. Durch ein Feuer wurden in Portland 15 Lokomotiven und ein Maschinenschuppen vernichtet. Man vermutet Brandstiftung. — Bei Bergen Field im Staate New Jersey wurden auf einen Eisenbahnzug drei Bomben geworfen. Etwa 12 Reisende wurden verletzt.

Ein Ozeandampfer in Seenot. Der Withe-Star-Dampfer „Adriatic" teilte durch Funkspruch mit, daß eine Explosion an Bord stattgefunden habe„ durch die zwei Matrosen getötet und fünf verwundet wurden. Der Dampfer hat 900 Passagiere an Bord. Er hofft, mit eigener Kraft Neuyork erreichen zu können.

Schweres Unwetter in Braunschweig. Ueber den Freistaat Braunschweig ist ein Unwetter gezogen, das Schaden angerichtet hat. In Barum sind Holzhäuser und große Scheunen auseinandergerissen worden. Dächer wurden 20 Meter weit geschleudert. Ebenso wurden Schornsteine und Dächer in Börßum heruntergerissen. In Osterode, Clausthal und Baddeckenstedt waren die tiefer gelegenen Räume der Häuser überschwemmt. Die Kabel der Starkstromleitungen und die Telephonleitungen sind fast überall zerstört.

Straßenkrawall in Hannover. Im Zentrum der Stadt ereigneten sich heftige Zusammenstöße zwischen der Schutzpolizei einerseits und Reichswehrsoldaten andererseits, sowie Zivilpersonen. Ursache hierfür war die Uebertretung einer straßenpolizeilichen Vorschrift durch einen radfahrenden Soldaten. Da sofort mehrere andere Soldaten hinzukamen, die ihrem Kameraden beistehen wollten, so entwickelte sich bald eine Schlägerei, die schließlich einen immer größeren Umfang annahm und die noch durch hinzukommende Zivilpersonen, die gleichfalls gegen die Schutzpolizisten Partei ergriffen, verstärkt wurde. Auf Lastautomobilen herbeigeholte Verstärkungen der Schupo wurden von der Menge mit Johlen und Pfeifen empfangen, und es kam zu immer neuen Reibereien und Zusammenstößen. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Ein Riesenspionageprozeß. Der Feriensenat des Reichsgerichts in Leipzig beschäftigte sich mit einem Riesenspionageprozeß. Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wurde verhandelt gegen den belgischen Ingenieur Caennepenne, den Belgier Pramper, die Kaufmannsehefrau Ploeneß, den Hilfsschlosser Jung und gegen weitere elf Personen. Caennepenne hatte in Berlin und Magdeburg große Spionagebureaus eingerichtet, die deutschen Militärverhältnisse zu erkunden. Es wurden verurteilt: Caennepenne zu zehn Jahren, Pramper zu acht Jahren, Frau Ploeneß zu drei Jahren und Jung zu vier Jahren sechs Monaten Zuchthaus. Weitere neun Angeklagte wurden zu Gefängnisstrafen von 1 bis 3 Jahren verurteilt. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen.

Ein neues Kapitalverbrechen in Berlin. Der Viktoriapark im Süden Berlins ist vor einigen Tagen der Schauplatz einer Mordtat gewesen. Der Straßenbahnschaffner Cöpernick aus der Bergmannstraße wurde am 2. August in den dortigen Anlagen tot aufgefunden. Da die Leiche keine Verletzungen aufwies, so nahm man Herzschlag als Todesursache an und verfügte die Beerdigung. Jetzt aber stellte sich heraus, daß an Cöpernick ein Verbrechen begangen worden ist, denn eine Schußwunde im Rücken mit noch unentfernter Kugel hat den Tod des Mannes herbeigeführt. Die Polizei hat sofort alle notwendigen Ermittelungen zur Aufklärung des Verbrechens eingeleitet.

20 Millionen in Wertpapieren unterschlagen. Aus Baku in Rußland ist der Kaufmann Jakob Promischlanski mit 20 Millionen in Wertpapieren geflüchtet. Auf seine Ergreifung und die Wiederbeschaffung der Papiere ist eine Belohnung von 50 000 Mark ausgesetzt. Der geschäftstüchtige Mann hatte Wertpapiere bis zur Hälfte beliehen und sie sodann für den vollen Wert verkauft.

Ein Perlenkollier im Zuge vergessen. Durch ihre eigene Vergeßlichkeit hat wieder einmal eine Dame einen schweren Verlust erlitten. Sie ließ in einem Zuge zwischen Ilsenburg und Wernigerode die Handtasche, die u. a. ein Perlenhalsband im Werte von mehr als einer Million Mark enthielt, liegen.

Vatermord. Unter dem Verdacht der Ermordung des Schneidermeisters Moytas in Pödelitz (Provinz Sachsen) hat die Kriminalpolizei seine 18jährige Tochter und deren drei Liebhaber verhaftet.

Versammlungs-Anzeiger

S.P.D. Bezirkskassierer.
Die noch ausstehenden Karten vom Sommerfest müssen sofort auf dem Parteibureau abgerechnet werden.

Volkstagsfraktion.
Freitag, den 18. August, abends 6 Uhr, im Fraktionszimmer, wichtige Sitzung.

Metallarbeiterverband:
Mittwoch, den 16. Aug., 5½ Uhr, Aula der Petrischule: Generalversammlung.

S.P.D. Ortsverein Zoppot.
Mittwoch, den 16. Aug., abends 7 Uhr, im Lokal Wnendt, Bergstraße 1: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Teuerung und Reaktion. Referent: Abg. Beu-Danzig. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.

Verein Arbeiter-Jugend, Danzig.
Mittwoch, den 16. August, abends 7 Uhr, im Heim, Vortrag des Gen. Stegmeyer: Wie steht es heute in Italien und Griechenland aus? Auch Parteigenossen, besonders Jungsozialisten, sind zu diesem Vortrag herzlich eingeladen.

Verein Arbeiter-Jugend, Langfuhr.
Mittwoch, den 16. abends 7 Uhr, bei Kresin, Brunshöfer Weg 36, Mitgliederversammlung. Vollzähliges Erscheinen notwendig.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter Zoppot.
Mittwoch, den 16. Aug., abends 7 Uhr, findet in der Schule Danziger Straße eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: Lohnbewegung im Freistaat und die gegnerischen Gewerkschaften. Ref. Koll. Kort. Freie Aussprache.

Arbeitersportkartell:
Mittwoch, den 16. Aug., abends 7 Uhr, im Heim der Naturfreunde, Stockturm: Kartellsitzung.

Briefkasten.

Zimmerer P. Der Schrank braucht nicht geliefert zu werden. Eine evtl. Klage würde erfolglos sein.

R. H. Ohne Angabe der näheren Umstände läßt sich schwer entscheiden, was zweckmäßig ist. Wir empfehlen Ihnen, die Hilfe des Arbeitersekretariats, Heveliusplatz 1—2, in Anspruch zu nehmen.

Die Frauen aus dem Alten Staden Nr. 17

44) Von Henni Lehmann.

Frau Concha hatte die Hände unter dem Kopf verschränkt. Sie ging jetzt nicht mehr zum Photographen, er hatte eine andere Empfangsdame, eine, die jünger war als Frau Concha. Frau Eils hatte Frau Concha eingeladen, doch auch einmal abends zu ihr hinüberzukommen, jetzt habe sie ja Zeit dazu.

Die weiße Katze war mit Benita in das Kämmerchen gelaufen. Sie drückte sich an den Rock des Mädchens und schnurrte und leckte. Aber Benita rührte sich nicht.

Da ward auch die weiße Katze still und blieb schweigend sitzen neben dem Mädchen, das Walter geliebt hatte in den schönen Sommertagen.

— — — — — — — — — — — — — — —

Aus der breiten niedrigen Tür von Nr. 17 war die breite niedrige Gestalt der Frau Meyer getreten. Sie ging den umgekehrten Weg, den die Katze gegangen war, von Nummer 17 über die Straße hinüber nach Nummer 18. Die Frau hatte einen entschlossenen Zug im Gesicht.

„Ich muß es ihr sagen," sprach sie halblaut vor sich hin, „es ist die höchste Zeit."

Nun klopfte sie an Frau Greeses Tür und trat dann ein.

Frau Greese saß an ihrem Fensterplatz im Lehnstuhl, in dem kurz vorher die Katze vor Walters Bild gesessen hatte. Sie sah die Eintretende erstaunt an, denn Frau Meyer gehörte sonst nicht zu ihren Besuchern. Aber die Frau ließ sich durch Frau Greeses Befremden nicht einschüchtern. Sie zog sich einen Stuhl heran und setzte sich Frau Greese gegenüber. Zwischen beiden stand das Nähtischchen, das Walters Bild trug.

„Ich muß Ihnen etwas sagen von der Benita," fing Frau Meyer an. „Ich kann nicht länger ansehen, daß sie Walters Braut sein soll, den ich doch auch gekannt habe, wie er nur so hoch war, und ein guter Junge ist er immer gewesen."

Und nun kam es, — alles, was die Frauen in Nummer 17 gesehen und beobachtet hatten, mehr, viel mehr, als Benita ahnte und dachte, daß man beobachten konnte. Die Wände haben Ohren und die Häuser Augen und Zungen. Und das Gerücht fliegt von einem Haus zum andern.

Alles kam. — Da war die Freundschaft mit dem Feldwebelleutnant, der ein leeres Zimmer neben dem ihren gehabt hatte, und das nächtliche Ausbleiben, dann die Kinobesuche, und endlich die Abende und die Nächte bei Frau Eils.

Wie ein Strom kam es.

Frau Meyer klagte nicht das Mädchen an. Es war ihr leid um das Kind, das sie strahlend wie Sonnenfunken in das Haus hatte fliegen sehen.

Sie schuldigte die Umgebung an und die Zeit.

„Es ist das [illegible] Haus und die verfluchte Zeit," sagte sie, „die alle, die nicht ganz fest sind, ruinieren und nach unten holen. Das verfluchte [illegible] und die verfluchte Zeit [illegible]! Der Mann ist tot, und die Frau ist tot, und die Kinder sind im Armenhause. Wie sie sind, wenn sie da wieder rauskommen, mag der liebe Gott wissen. — Und da ist die Nowickl! — Nun ist sie wieder so weit daß ein Kind von einem andern Manne kommen sollte, und da war ihr das ja wohl zuviel, daß sie wieder mit was Kleinem brudeln sollte, obschon sie schon, weiß Gott, nie hat sauer werden lassen, und da hat sie eine Frau kommen lassen, die hat es ihr abgetrieben. Jetzt ist sie schwer krank, und sie haben sie in die Klinik gebracht, und was weiter draus wird, weiß keiner. Und ihre Würmer sind jawohl im Dreck bei lebendigem Leibe halb verfault. — Und die Frau Heise in Nummer 18 hat's schließlich auch nach unten geholt. Ohne die schlimme Zeit und alle die Not und Aufregung wär's wohl mit ihrer Krankheit nicht so arg geworden, oder sie hätt's doch nicht so arg angesehen, aber jetzt ist's natürlich, daß einer, der nicht mehr viel Courage hat, auch nicht mehr leben mag.

Die schlimmste ist freilich die Eils geworden. Vor dem Kriege war sie nur leicht, aber jetzt ist sie eine von den ganz Schlechten, die noch ihre Freude daran haben, wenn eine andere ebenso schlecht ist wie sie. Und da hat sie denn die Benita und nun auch die Frau Harenhold gefaßt. Aber um die Benita ist es schade! Um Benita ist es schade!"

Und plötzlich schwieg die Frau, und zwei große Tränen rollten ihr über die Wangen, die in der Entbehrung der Zeit schlaff und faltig geworden waren. Und dann fügte sie hinzu: „Die geht nun aus einer Hand in die andere."

— — — — — — — — — — — — — — —

Frau Greese saß wie benommen da, noch eine ganze Zeit, nachdem die Frau gegangen war. Das also war es gewesen, was das Mädchen so verändert hatte. Und sie hatte gemeint, es sei die Sorge um Walter. — Sie quälte sich mit Selbstvorwürfen, daß sie blind gewesen, daß sie das Mädchen nicht besser behütet habe. Aber was hätte sie tun können? Das Kind war ihr entglitten, wie einem ein Sonnenstrahl zwischen den Fingern hindurchgleitet und plötzlich ein Dunkel wird, wo eben noch alles Helligkeit war, man kann das Licht nicht halten. Und Benita war zur Tiefe gesunken, zum dunklen Grunde, wie ein Schmetterling niedergeweht auf weitem Meer, auf das er sich verflogen, und die Wellen verspülten ihn. Wer will den Verflogenen retten? Arme Benita! Armer Schmetterling!

Frau Greese neigte ihr Haupt, und sie weinte bitterlich.

Dann dachte sie an Walter, an Walter, der am allerschwersten daran trug, dem es die Seele zerbrach, wenn ihm ein Vertrauen getäuscht ward. Und er vertraute auf Benita, und wenn er wiederkam, er würde sie finden . . .

Der Mutter ging ein Grauen über den Leib.

Sie war es, die es dem Sohne sagen mußte, wenn er wiederkam. —

Erst dann?

Durfte sie leiden, daß er weiter Ströme seiner reinen Liebe ausgoß über ein so beflecktes Gefäß?

Mußte sie es ihn nicht wissen lassen, — jetzt, — gleich, — so schnell wie möglich? Damit er das beschmutzte Bild sich aus dem Herzen riß? Aber dann würde er draußen stehen in der brüllenden Hölle der Vernichtung und des Todes mit dem Feldstein in der eigenen Seele, ohne Hoffnung auf ein heimisches Glück.

(Fortsetzung folgt.)

Danziger Nachrichten.

Danziger Streitfragen mit Polen.

Polens Millionenschuld an Danzig.

Wir berichten an anderer Stelle über die Differenzen, die sich in der Behandlung verschiedener Fragen zwischen Danzig und Polen ergeben haben, und die durch den eigenartigen Ton des polnischen Ministers Plucinski eine bedauerliche Verschärfung erfahren haben. In der letzten Sitzung des Hauptausschusses unseres Volkstages gab der Senatsvertreter noch weitere Streitfälle bekannt:

In einem Schreiben vom 13. Juli 1922 hat der Senat den diplomatischen Vertreter Polens gebeten, an zuständiger Stelle in Warschau darauf hinzuwirken, daß Polen seine Verpflichtung zur Zahlung zum Teil bereits seit ¾ Jahren fälliger Beträge von insgesamt 115 194 980,90 Mark erfülle. Es handele sich u. a. um folgende Posten:

Erstattung für Getreidekäufe	28 000 000 Mk.
Forderungen der Danziger Werft	43 000 000 Mk.
Forderungen der Eisenbahn-Hauptwerkstätte	46 000 000 Mk.

Der Senat hat darauf hingewiesen, daß es für einen Staat von der geringen Größe und von der schwachen finanziellen Leistungsfähigkeit Danzigs unmöglich sei, Forderungen in Höhe von über 100 Millionen Mark längere Zeit unbeglichen in seinen Büchern zu führen. Auf die ganz sachliche Mahnung hin hat der diplomatische Vertreter erklärt, es hätten sich ihm bedeutende Zweifel aufgedrängt, ob es richtig sei, um die Durchführung der Forderungen des Senats bei der polnischen Regierung sich seinerseits zu bemühen, und diese Zweifel ständen in zeitlichem Zusammenhange damit, daß der Senat die Beschlüsse des Völkerbundrates nicht durchführe. Auch in diesem Falle ist die Drohung hinzugefügt, daß die polnische Regierung Schlußfolgerungen ziehen und deren Folgen sich in der wirtschaftlichen Lage der Freien Stadt unangenehm ausprägen können. Eine Zahlung der fälligen Geldbeträge ist bisher nicht erfolgt. Der Vorwurf der Vertragsverletzung ist wie dargelegt völlig unbegründet.

Ferner machte der Senatsvertreter im Volkstag die Mitteilung, daß der Senat die Entscheidung des hohen Kommissars erbeten hat wegen des Verhaltens des diplomatischen Vertreters Polens bei dem Besuch der dänischen und der schwedischen Flotte. Er hat die Flotten im Namen der Regierung der Republik Polen in Danzig offiziell begrüßt. Der Kommandeur der schwedischen Flotte hat er erklärt: „Die polnische Regierung hat mich beauftragt, die schwedische Flotte zu begrüßen in dem Augenblicke, wo sie zum ersten Male Polen in Danzig begrüßt." Nach Art. 1 der Konvention dient der diplomatische Vertreter der polnischen Regierung in Danzig als Vermittler zwischen der polnischen Regierung und der Regierung der Freien Stadt; hiernach sind seine Befugnisse bestimmt umgrenzt. Die Begrüßung fremder Flotten, die Danzig einen Besuch machen, liegt auf Danziger Boden allein dem Senat ob. Das Verhalten des diplomatischen Vertreters widerspricht der Selbständigkeit der Freien Stadt Danzig und verstößt gegen die Konvention. Da die Auffassung des Senats mit der Auffassung der polnischen Regierung, wie sie durch ihren hiesigen diplomatischen Vertreter bekundet ist, in Widerspruch steht, hat der Senat den hohen Kommissar des Völkerbundes gemäß Art. 39 der Konvention um Entscheidung gebeten. Auch diese Streitfrage wird demnächst vor dem hohen Kommissar verhandelt werden.

Der Dollar über 1000 Mark!

Das Scheitern der Londoner Konferenz hat den Dollar heute mittag bis über 1000 Mark heraufgebracht. Die wirtschaftlichen Auswirkungen dieser neuen Dollarhausse sind gar nicht abzuschätzen. Die Reichsregierung wird hoffentlich zu Maßnahmen greifen, die ein weiteres Abwärtsgleiten der Mark verhindern. Für die Freistaatregierung wird jedoch die Pflicht immer dringender, wenn wir schon die aus dem Ausland benötigten Produkte mit phantastischen Preisen bezahlen müssen, wenigstens die Preise für die im Freistaat gewonnenen Nahrungsmittel auf einer erträglichen Höhe zu halten. Es darf unter keinen Umständen so weiter gehen, daß mit dem sprunghaften Steigen des Dollars auch die Preise für die Inlandsprodukte künstlich heraufgesetzt werden.

Das polnische Schulwesen in Danzig.

Der „Dziennik Gdanski" veröffentlicht eine Aufstellung über das polnische Schulwesen in Danzig. Danach wird das polnische Gymnasium in Petershagen jetzt von 180 Schülern und Schülerinnen besucht. Das Blatt beschwert sich darüber, daß 80 polnische Kinder in Altschottland die polnische Schule in Ohra nicht besuchen dürfen, weil sie zu einer anderen Gemeinde gehören. In Neufahrwasser haben sich 89 Kinder für den polnischen Unterricht gemeldet.

In bezug auf die Lehrer habe der Senat erklärt, daß er keinen polnischen Lehrer von außerhalb nehmen werde. Die Lehrer unterrichteten aber in der polnischen Schule in deutscher Sprache. Für die Lehrer an den polnischen Schulen habe der Senat kein Interesse, dagegen bemühe er sich, daß die deutschen Lehrer, die an deutschen Schulen polnischen Sprachunterricht erteilen, ihre Sprachkenntnisse durch Nachhilfekurse erweitern.

Nach einer Zeitungsmeldung trägt sich auch die russische Kolonie in Danzig mit der Absicht, einen russischen Lehrerverein in der Freien Stadt Danzig ins Leben zu rufen. Zweck des Vereins soll die Schaffung eines russischen Gymnasiums für Knaben und Mädchen sein.

Die Leichtathletik-Wettkämpfe,

die von vier Danziger Sportvereinen auf dem V. f. L.-Platz arrangiert waren, boten den Danzigern Gelegenheit, ihr Können mit Königsberger, Stettiner und Potsdamer Sportlern zu messen. Die heimischen Leichtathleten konnten sich im allgemeinen gegenüber den auswärtigen Sportlern gut behaupten. Am besten schnitten die Stettiner Preußen ab. Beim Fußballspiel Turn- und Sportverein Potsdam gegen V. f. L. unterlag die Danziger Mannschaft mit 1 : 4. Als Sieger aus den einzelnen Wettkämpfen gingen hervor: Hochsprung: Gebhardt (V. f. L.) 1,70 Meter; 100-Meter-Lauf: Robieter (Schupo) 11,2 Sek.; Kugelstoßen: Stock (Asco-Königsberg) 11,80 Meter; 4×100-Meter-Staffel: V. f. L. 47,2 Sek.; 400-Meter-Mallauf: Peiser (Preußen-Stettin) 58,8 Sek.; Weitsprung: Klemm (Union-Potsdam) 6,40 Meter; 3×200-Meter-Staffel: Preußen-Stettin, durch seinen Schlußmann gegen V. f. L. gewonnen, Zeit: 1 : 14. Diskuswerfen: Stock (Asco-Königsberg) 37,00 Meter. 3000-Meter-Mallauf Tadt-Potsdam, 9 Min. 29,8 Sek. 4×400-Meter-Staffel: Preußen-Stettin, 3 Min. 44,8 Sek. Fußballwettspiel Union-Potsdam—V. f. L.-Danzig 4 : 1. Auch Union enttäuschte, doch war das Zusammenspiel gut. V. f. L. konnte sich nicht zusammenfinden, während einzelne Spieler gute Leistungen aufwiesen.

Gründung einer Arbeiter-Abstinenten-Gruppe.

Wenn auch die Teuerung dem Alkoholgenuß von selbst eine gewisse Grenze setzt, so ist doch nicht zu verkennen, daß andererseits die trostlosen wirtschaftlichen Verhältnisse leider in manchen Fällen wiederum dazu führen, die täglichen Sorgen durch den Alkohol erträglicher erscheinen zu lassen. Die Gefahren, die aus dieser besonders bei uns im Osten noch leider stärker verbreiteten Unsitte für den einzelnen Arbeiter wie für die Arbeiterbewegung entstehen, sind bereits des öfteren aufgezeigt. Es fehlte in dieser Hinsicht jedoch in Danzig noch immer an einer Stelle, die sich dieser Aufklärungsarbeit in der Arbeiterschaft mit ganzer Kraft widmete. Daher ist es zu begrüßen, daß die bereits vor dem Kriege bestandene Arbeiter-Abstinentengruppe nunmehr wieder zum Leben und zu neuer Tätigkeit erweckt worden ist. Vor einigen Tagen fand im Vortragssaale des Gewerkschaftshauses die Gründungsversammlung des Arbeiter-Abstinentenbundes für Danzig statt. Sie war den wenigen Vorarbeiten entsprechend zufriedenstellend besucht. Gen. Siegmeyer sprach zunächst über die Zwecke des Arbeiter-Abstinentenbundes. Es sei bedauerlich, daß erst jetzt in Danzig an die Gründung eines Arbeiter-Abstinentenbundes gegangen wird, da er hier mehr als irgendwo notwendig sei. Gerade auch von der arbeitenden Bevölkerung werde noch Geld für Alkohol nutzlos ausgegeben. Der Alkohol sei aber nicht nur in materieller Hinsicht der größte Feind der Arbeiterschaft, sondern er ruiniere sie auch an Leib und Seele. Es gibt viele Arbeiterfamilien, die durch den verheerenden Einfluß des Alkohols zu Grunde gerichtet worden sind. Es gelte, die Arbeiter zum Klassenkampf nüchtern und stark zu erhalten, und dazu sei der Arbeiter-Abstinentenbund ein wichtiges Mittel. Nach dem Vortrag setzte eine lebhafte Diskussion ein, in der alle Redner die Gründung des Arbeiter-Abstinentenbundes aufs freudigste begrüßten. Mehrere Redner legten unter anderem die tiefgehenden Unterschiede zwischen dem Guttemplerorden und dem Arbeiter-Abstinentenbund dar. Alle Arbeiter gehören in den Arbeiter-Abstinentenbund, auch solche, die schon dem Guttemplerorden angehören. In den provisorischen Vorstand wurden gewählt: als Vorsitzender Genosse Siegmeyer, als Schriftführer Genosse Peters und als Kassierer Genosse Erich Brost. Die nächste Versammlung findet am Freitag, den 18., abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Heveliusplatz 1/2, Zimmer 45 statt.

Der englische Flottenbesuch. Beim Senat ist eine Mitteilung der großbritannischen Regierung eingegangen, daß das 1. großbritannische Kleine-Kreuzer-Geschwader, sowie die 4. Torpedobootszerstörerflottille demnächst Danzig besuchen werden. 3 Kleine Kreuzer und 4 Torpedobootszerstörer werden am 7. September in Danzig eintreffen. Der Rest der Schiffe, 3 Kleine Kreuzer, ein Flottenflaggschiff, 4 Torpedobootszerstörer treffen am 8. September im Hafen ein. Sämtliche Schiffe verlassen Danzig am 13. September.

Für 85 000 Mark Wäsche und Stoffe gestohlen. Einer hiesigen Firma waren in letzter Zeit verschiedentlich Stoffe und Leinen entwendet worden. Der Verdacht lenkte sich auf den Schlosser E. L., der mit seiner Frau dort Reinmache- und Wachtdienste versah. Die durch die Schutzpolizei in seiner Wohnung vorgenommene Haussuchung ergab ein überraschendes Resultat. Beschlagnahmt wurde eine große Menge Stoffe und Wäsche, die die bestohlene Firma als ihr Eigentum wiedererkannte; ferner 1 Mauserpistole, 1 Revolver, 1 Karabiner, 1 Gewehr älteren Kalibers, 1 Säbel, verschiedene Schlüssel und Dietriche. Bei der Durchsuchung der Wohnung erschien auch eine Frau St., die auf Befragen angab, sie sei von L. herbestellt, um Stoffe zu kaufen; weiter gab sie zu, schon öfter von L. Stoffe gekauft zu haben und ihrer Tochter, Frau G., zur Verarbeitung gegeben habe. Es wurde darauf auch bei der Frau G. eine ganze Anzahl gestohlener Gegenstände beschlagnahmt. Der Wert der gestohlenen Sachen beträgt 85 000 Mark. L. wurde dem Polizeigefängnis zugeführt.

An Erwerbslosenunterstützung sind in der Woche vom 30. 7. bis 5. 8. in der Stadtgemeinde Danzig sowie in den Gemeinden Ohra und Emaus an Erwerbslosenunterstützung gezahlt worden 29 270,78 Mk. an 151 Personen gegenüber 27 028,87 Mk. an 148 Personen in der Vorwoche.

Wie das Holz verteuert wird, lehrte eine Verhandlung, die das Wuchergericht eines Berliner Landgerichts beschäftigte. Angeklagt wegen Kettenhandels und unerlaubter Preissteigerung waren zwei Holz- und Kohlenhändler. Wie der vor Gericht vernommene Sachverständige bekundete, besteht in dem Holzhandel der Mißbrauch, daß sich in den Großhandel alle möglichen Personen einschieben, die zum Teil den schlagbaren Baumbestand schon im Walde kaufen. Das geschlagene Holz wandert dann von Hand zu Hand, wobei jeder einzelne Käufer natürlich verdient, bis es mit einem außerordentlich hohen Aufschlage nach Berlin kommt und hier durch den Kleinhandel an den Verbraucher gelangt. So war der Sachverhalt auch in der vorliegenden Anklage. Der eine Angeklagte hatte ein Waldterrain zum Abholzen angekauft, das Holz in Stangen schneiden lassen und diese auswärts in der Nähe eines Bahnhofes lagern lassen. Nachdem durch das mehrmonatige Lagern bereits eine erhebliche Erhöhung des Holzpreises erreicht war, wanderte das Holz an den Mitangeklagten, der ebenfalls Großhändler ist. Dieser verkaufte es wiederum an einem [illegible] an den Ver[illegible] verkauft hat. Auf diesem Wege wurde der Preis des Holzes auf das Hundertfache [illegible] in die Höhe getrieben. Das Gericht verurteilte die Händler zu [illegible] resp. 10 000 Mark Geldstrafe. Diese Strafen schrecken diese Sorte von Volksbetrügern natürlich nicht. Neben dem Hundertfachen der Strafbemessung würde ihnen nur eine längere Gefängnisstrafe imponieren.

Odeon- und Edentheater. Mit seiner Kindertragödie „Hanneles Himmelfahrt" hatte sich Gerhart Hauptmann 1896 zum ersten Male auch das damalige Königliche Schauspielhaus erobert, indem sonst die neue Kunst verpönt war. An gleicher Stätte ging im April d. Js. auch der nach dem Hauptmannschen Bühnenwerk gestaltete Film über die Leinwand. Schon daraus war zu ermessen, daß es sich bei diesem Film um ein wirkliches Kunstwerk handelt. In gewisser Beziehung ist der Film dem Bühnenwerk noch über. Sowohl in der bildlichen Darstellung des Armutsmilieus, als auch besonders in der Wiedergabe der Fieberphantasien des sterbenden Hanneles vermittelt der Film Eindrücke, die dem gesprochenen Bühnenwerk nicht nachstehen dürften. Von den Darstellern ist neben der rührenden Hannele-Gestalt, die die jugendliche Margarete Schlegel verkörpert (manches Frauenauge wurde bei ihrem Spiel naß) besonders Hermann Vallentin zu nennen, der ihren trunksüchtigen Stiefvater mit brutaler Realistik verkörpert. Eine überzeugende Christusgestalt bietet Theodor Loos als Lehrer Gottwald. Es ist erfreulich, daß dem Danziger Kinopublikum noch längerer Zeit auch wieder mal Filmkunst geboten wurde.

Neue Wege für Jugendgerichte.

Die neue Bewegung der Jugendgerichte hat sich die ganze Welt erobert, und besonders in den angelsächsischen Ländern beschäftigt man sich eifrig mit dem Problem, auf diese Weise das „ungezogene Kind" zu bessern. Neue und erfolgreiche Wege auf diesem Gebiete sind von dem Jugendgerichtshof zu Montreal in Kanada eingeschlagen worden, und über die Ergebnisse berichte ein Mitglied dieses Jugendgerichtes, Mrs. Rose Henderson, in interessanten Mitteilungen des „Manchester Guardian". Seit 12 Jahren bereits gibt es in allen Provinzen Kanadas, mit Ausnahme von Nova Scotia, Jugendgerichtshöfe, und man hat hier die Erfahrung gemacht, daß kein unerzogenes Kind für die Besserung völlig verloren ist. Während der 10 Jahre, über die die Erfahrung von Frau Henderson reicht, sind 90—98 Prozent der dem Gericht vorgeführten Kinder gerettet und zu nützlichen Bürgern herangebildet worden. Das, was die kanadischen Jugendgerichte hauptsächlich von den andern Einrichtungen unterscheidet, ist die Maßnahme, daß kein Kind bei seinem ersten Erscheinen vor Gericht bestraft werden darf. Die kleinen Verbrecher werden sogar zwei- und auch dreimal vermahnt, bevor man mit Strenge gegen sie vorschreitet, denn „kein Kind lernt auf einmal gut zu sein". Wenn ein Fall vor das Jugendgericht kommt, so wird er zunächst auf sechs Tage zurückgestellt. Während dieser Zeit zieht ein besonderer Beamter Erkundigungen über das Heim, die Familie und die Lebensbedingungen des Kindes ein, verschafft sich einen Bericht der Schule und legt diese Erkundigungen dem Richter vor. Die Frage, die der kanadische Jugendrichter sich zu beantworten sucht, ist die: „Warum ist das Kind hier?" Bei der Verhandlung müssen Eltern oder Pfleger zugegen sein. Man kann das Kind nicht bessern, ohne vorher ungünstige Bedingungen in seiner Umgebung abzustellen. Es wird daher eine Zusammenarbeit zwischen Eltern, Gericht, Schule und Kind herbeigeführt, die vortreffliche Früchte getragen hat. Außerdem gibt es eine sogenannte „Große-Bruder-Bewegung", durch die dem Knaben ein älterer und verständiger Freund zur Seite gegeben wird, der ihm mit gutem Beispiel vorangeht. Die Knaben, die in eine Besserungsanstalt untergebracht werden müssen, kommen in eine mustergültige Gutsansiedlung, in der sie mit Familien in kleinen Häuschen zusammen wohnen. Für die Mädchen soll eine ähnliche Ansiedlung erst geschaffen und eine „Große-Schwester-Bewegung" ins Leben gerufen werden. Zeiten wirtschaftlichen Niederganges sind besonders geeignet, eine große Anzahl jugendlicher Verbrecher hervorzurufen, und das Hauptdelikt ist der Diebstahl. Die Praxis der kanadischen Jugendgerichte aber hat gezeigt, daß nicht Bestrafung die Uebeltäter bessert, sondern nur die Beseitigung der Umstände, die die Kinder auf den Pfad des Unrechts trieben.

Polizeibericht vom 15. August 1922. Festgenommen: 15 Personen, darunter 9 wegen Diebstahls, 1 wegen Urkundenfälschung, 1 wegen Körperverletzung, 1 wegen Widerstands und tätlichen Angriffs, 1 wegen Trunkenheit und 2 wegen Uebertretung.

Standesamt vom 15. August 1922.

Todesfälle: Frau Rosalie Kanski geb. Schulz, 78 J. 8 M. — Witwe Karoline Glage geb. Haar, 78 J. 2 M. — Sohn des Bäckergesellen Ernst Lau, 1 J. 9 M. — Frau Gertrud Porps geb. Schwarz, fast 20 J. — Sohn des Kalkulators Hermann Neumann, 1 J. 1 M. — Invalide Albert Biedrich, fast 80 J. — Schlosser Paul Sabjezki, 50 J. 5 M. — Tochter des Schuhmachers August Klopp, 1 J. 5 M. — Arbeiter Robert Falk, fast 41 J. — Sohn des Schmiedegesellen Hartmann Nebitzke, 1 J. 6 M. — Wirtschafterin Elisabeth Kresmer, 61 J. 6 M. — Kunstmaler Ludwig Ziembinski, 60 J. 1 M. — Klavierlehrerin Klara Hinz, 78 J. 6 M. — Arbeiterin Klara Nikalski, fast 40 J. — Frau Therese Hein geb. Bluhm, 64 J. 8 M.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

(Festgestellt um 12 Uhr mittags.)

Polnische Mark:	13,20	am Vortage	11,05
Amer. Dollar . :	1010—25	" "	795
Englisches Pfund:	cr. 4450	" "	3520

Wasserstandsnachrichten am 15. August 1922.

	12. 8.	13. 8.
Zawichost . . .	+ 0,95	+ ,
	12. 8.	13. 8.
Warschau . . .	+ 0,98	+ ,
	12. 8.	13. 8.
Plock	+ 1,22	+ ,
	14. 8.	15. 8.
Thorn	+ 1,30	+ ,
Fordon . . .	+ 1,27	+ ,
Culm	+ 1,20	+ ,
Graudenz . . .	+ 1,37	+ ,

Kurzebrack . .	+	+
Montauerspitze .	+ 1,23	+ 1,16
Pieckel	+ 1,29	+ 1,22
Dirschau . . .	+ 1,50	+ 1,42
Einlage	+ 2,36	+ 2,38
Schiewenhorst .	+ 2,60	+ 2,52
Nogat:		
Schönau O. P. .	+ 8,40	+ 6,40
Galgenberg O. P.	+ 4,64	+ 4,62
Neuhorsterbusch	+ 2,02	+
Anwachs . . .	+	+

Volkswirtschaftliches.

Deutschlands Außenhandel im ersten Halbjahr 1922. Ueber den deutschen Außenhandel liegen nunmehr die Ergebnisse für das erste Halbjahr 1922 vor. Danach betrug die Einfuhr 40,8 Millionen Doppelzentner im Werte von 34,4 Milliarden Mark, die Ausfuhr 18,8 Millionen Doppelzentner im Werte von 30,3 Milliarden. Es ergibt sich mithin ein Einfuhrüberschuß von 4,1 Milliarden Mark. Bemerkenswert ist bei der Einfuhr die starke Steigerung von Steinkohlen. Sie betrug 4,6 Millionen Doppelzentner im Werte von 671 Millionen Mark. Die Zuckereinfuhr wird mit 270 000 Doppelzentner angegeben, die einen Wert von 823 Millionen Mark repräsentieren. Weiter sind in erheblichem Maße eingeführt worden: Braunkohle, Koks und Preßkohlen und Wollgarn, Bau- und Nutzholz, Papierholz, Zement Kaffee, Roggen und Rohtabak. Eine starke Minderung der Einfuhr weisen dagegen Weizen, Wolle, Baumwolle, Rohseide, Eisenerze, Messing, Schmieröle und Rohbenzin, Oelfrüchte und Sämereien auf. Die vermehrte Einfuhr von Kohle und Zement deutet auf das Unbefriedigende der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands. Es handelt sich hier um Materialien, die aus der inneren Wirtschaft gewonnen werden können, aber leider infolge des Rückganges der Kohlenförderung nicht in genügenden Mengen vorhanden sind.

Deutscher Eisenbezug aus Belgien. Trotz des Sturzes der Mark wird im deutschen Industriebezirk immer noch belgisches Eisen gekauft. So z. B. wird Formeisen für 800 Franken angeboten und abgeschlossen; bei Zugrundelegung eines Kurses von rund 90 stellt sich der Preis auf rund 28 000, während der deutsche Preis um rund 4000—5000 Mk. niedriger ist. Der Mehrpreis wird aber nach Ansicht der Käufer reichlich dadurch wettgemacht, daß die belgischen Werke höchstens drei Wochen liefern, während die Ausführung der bei den inländischen Eisenerzeugern aufgegebenen Aufträge zurzeit völlig unübersichtlich ist.

Für „treue Dienste". Die Ausbeutung der ehemals preußischen fiskalischen Gruben in Oberschlesien ist einer polnisch-französischen Aktiengesellschaft übertragen worden, die jetzt in Paris gegründet ist. Der Vertrag dieser Gesellschaft ist auf 30 Jahre geschlossen und das Stammkapital auf 300 Millionen deutsche Mk. festgesetzt. Die Hälfte der Aktien befindet sich in französischen Händen, der andere Teil gehört der polnischen Regierung in Höhe von 150 Millionen Mark mit der Bedingung, daß diese Summe aus dem anteiligen Gewinn zurückgezahlt wird. Von dem Gewinn erhalten die Aktionäre zunächst 8% Millionen und dann werden 6 Prozent auf Neuanlagen usw. und 8 Prozent für die polnische Regierung bereitgestellt. An der Spitze des Aufsichtsrats steht Korfanty. Die Mitglieder des Aufsichtsrats beziehen ein Gehalt in Franken, das in polnische Mark umgerechnet das Sümmchen von 800 Millionen ausmacht.

Die schwedisch-russischen Differenzen wegen Lokomotivlieferungen. In den schwedischen Lokomotivlieferungen an Sowjetrußland haben sich ernstliche Differenzen zwischen der Firma Nydqvist u. Holm, die die russischen Lokomotiven herstellt und der russischen Eisenbahnkommission ergeben. Die russische Eisenbahnkommission weigert sich, eine Restsumme von 5 Prozent für bereitgelieferte Maschinen zu bezahlen. Angeblich sind diese Differenzen absichtlich von der Eisenbahnkommission herbeigeführt worden, da man in Rußland eine Herabsetzung der Lokomotivbestellungen bzw. eine Annullierung der bereits vergebenen Aufträge zu erreichen suche. Man errechnet dort u. a., daß man in Schweden für jede Lokomotive 144 000 Goldrubel bezahlen müsse, während man in Rußland eine Lokomotive gleicher Qualität für nur 80 000 Goldrubel herstellen könne.

Arbeiterbewegung.

Lohnopfer für die Parteipresse. Einen anerkennenswerten Beschluß hat die organisierte Arbeiterschaft von Minden und Umgegend gefaßt. Nachdem sie sich bereits, dank der Opferwilligkeit der Mindener Arbeiterschaft in der „Tonhalle" ein eigenes Heim und durch Pachtung der Wittekindsburg auf 20 Jahre ein Ferien- und Erholungsheim und eine Jugendherberge schaffen konnte, ist es ihr jetzt gelungen, auch die Herausgabe einer eigenen sozialdemokratischen Zeitung zu ermöglichen, die vom 1. September ab erscheinen soll. Am 11. August (Verfassungstag) ist für die Presse ein allgemeiner Opfertag eingelegt worden. War es zunächst der Wille der Arbeiterschaft den 11. August als Verfassungsfeiertag durch allgemeine Arbeitsruhe zu begehen, so ist man davon wieder abgekommen. In der richtigen Erkenntnis, daß ein Unternehmen um so leistungsfähiger ist, je gesunder es finanziert ist, hat sich die Arbeiterschaft durch den Beschluß, den Betrag von drei Stundenlöhnen für das Zeitungsunternehmen abzuführen, ein freiwilliges Opfer auferlegt. Das Geld wird an die Gewerkschaftszentrale abgeführt, die dann den Gesamtbetrag als zinsfreies Darlehen an die „Weserwarte" abgeben soll. Dieses Beispiel verdient allgemeine Nachahmung.

Der zweite internationale Ido-Weltsprachen-Kongreß fand in Anwesenheit von Vertretern fast aller europäischen Staaten und Amerikas in diesen Tagen unter Leitung des Präsidenten und Reichstagsabgeordneten Genossen Peus-Anhalt statt. Etwa 160 Delegierte waren anwesend. Und vertreten waren die folgenden Nationen: Deutsche, Oesterreicher, Schweizer, Tschechen, Ungarn, Russen, Italiener, Franzosen, Dänen, Norweger, Schweden, Luxemburger, Engländer, Amerikaner. Zwei Holländer waren durch Erkrankung verhindert. Für die Spanier, Rumänen und Bulgaren, die Telegramme sandten, war die Reise zu weit. Auch die Letten und Finnen ließen sich brieflich mit der Schwierigkeit der gegenwärtigen Reiseverhältnisse entschuldigen. Die Polaken fehlten, weil sie durch die Besetzung und Behandlung ihres Landes während des Krieges die in ihrem Volke entstandene Stimmung noch nicht überwinden konnten. Auch den Franzosen, die zum Kongreß erschienen sind, hat man in ihrer Heimat vorgehalten, wie sie es wagen könnten, jetzt nach Deutschland zu reisen und öffentlich aufzutreten. Auf dem Kongreß sprachen nacheinander Vertreter von 14 Nationen, jeder sagte, was ihm auf dem Herzen lag. Es machte auch auf die Nichtidisten einen tiefen Eindruck, daß die Vertreter von 14 Nationen ohne jeden Anstoß in einer und derselben Sprache sich auszudrücken vermochten. Es wurde allgemein die Meinung vertreten, daß es eine herrliche Sache sei, sich vorzustellen, daß alle gebildeten Menschen der Erde so wie diese Idisten in einer die ganze Erde umspannenden Sprache völlig zwanglos miteinander reden könnten. Der Beschluß der Anhaltischen Schulkommission, die Weltsprache Ido in den anhaltischen Schulen als Unterrichtsfach einzuführen, wurde mit großem Beifall aufgenommen.

16 Stunden Arbeit auf holländischen Eisenbahnen. Der holländische Minister für Verkehrswesen hat dem Betriebsrat der holländischen Eisenbahnen die Genehmigung erteilt, das Personal bis zu 16 Stunden täglich zu beschäftigen. Wie sich die Eisenbahner zu dieser „Genehmigung" stellen, ist noch nicht bekannt. In einem Staate mit einer starken Arbeiterorganisation würde natürlich kein Minister für Verkehrswesen sich so verkehrt beraten lassen dürfen, es sei denn, er wolle auf eine Art stolpern, die ihn die Treppe zu einem Generaldirektorposten hinauffallen ließe.

BORG

Verantwortlich für Politik Ernst Loops, Danzig; für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, Danzig; Inserate Anton Fooken, Danzig. Druck von J. Gehl u. Co., Danzig.

Wilhelm-Theater
Langgarten 31.
Heute, Dienstag, den 15. August,
Anfang 8 Uhr
Abschieds-Vorstellung
Unter der blühenden Linde
Operette.
Vorverkauf im Warenhaus Gebr. Freymann, Kohlenmarkt von 10 bis 4 Uhr täglich.
„Libelle"
Musik, Gesang, Tanz.

Gedania-Theater
Altstädtischer Graben 53/55
Achtung! Ab heute! 3 Schlager!
Der große amerikanische Sensations-Film!
„Der glühende Kristall"
in 6 Episoden 36 Akten
IV Episode: „Vor den Toren der Hölle"
in 6 großen äußerst spannenden Akten.
In der Haupt- und Doppelrolle: Elmo Lincoln.
Der große Russo-Film!
„Die Intriguen der Madame de la Pammeraye"
5 Akte nach Diderotschen Motiven.
„Rettung aus dem Eise"
Das Linienschiff Hannover befreit vier deutsche Dampfer aus dem Eise des Rigaischen Meerbusens.
Beginn der letzten Vorstellung 9 Uhr.

Bauvereinigung „Selbsthilfe"
(Baupläze Zigankenberg)
Zu einer wichtigen Besprechung lade ich die Siedlungslustigen zu Mittwoch, den 16. August, abends 6 Uhr nach der Volksstimme, Am Spendhaus 6 ein (†
J. A.: A. Fooken.

Selbständig arbeitende (7070
Bauschlosser, ferner Lehrlinge
bei 3jähr. Lehrzeit und möglichst hoher Vergütung stellt sofort ein
Richard Siebers, Poggenpfuhl 80/81.

Robert Ehmann
Altstädtischer Graben 3
neben der Tabakfabrik M. A. Hasse.
Tuch-, Manufaktur-, Kurz- und Wollwaren
Anfertigung eleg. Herrengarderobe nach Maß
Damen-Kostüme und Mäntel.
Solange alter Vorrat, noch günstige Kaufgelegenheit zu niedrigen Preisen.
6090

Neuerscheinung:
Die proletarische Revolution und ihr Programm
von Karl Kautsky
Preis 100.— Mark
Buchhandlg. Volkswacht
Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Anfertigung aller
Drucksachen
für behördlichen und privaten Bedarf
Massenauflagen in Rotationsdruck | Moderne Plakate in kürzester Frist
Buchdruckerei J. Gehl & Co.
(„Danziger Volksstimme") Danzig, Am Spendhaus 6

Wäschenäherinnen
welche flott liefern können und sauber arbeiten, finden das ganze Jahr hindurch
lohnende Beschäftigung.
Meldungen mit Probearbeit nur vormittags zwischen 8—12 Uhr bei
Albert & Bruno Fischer,
Heumarkt 4. 6966

Gesuchte Nähterin
für dauernde Beschäftigung auf einfache Weiß-Wäsche sowie ein 15—16jähr. **Mädchen** sucht von sofort (7057
Köpernick,
Schidlitz, Höhenweg 11.

Anst. jung. Mädchen
zu Kindern und Hilfe im Haushalt sofort gesucht.
Hansmantel 8, 2 rechts.
7065

Nähterin
gesucht. Von wem sagt die Exp. der Volksstimme. (†

Aufwärterin
gesucht. Wo sagt die Exped der Volksstimme. (†

Hausschneiderin
gesucht. Meldungen unter V. 547 an die Expedition der Volksstimme (†

Tausche
meine 2-Zimmer-Wohnung (Bad, Zubehör) gegen 2-Zimm.-Wohn. mit Laden. Angeb. unter B 560 a. d. Exped. d. Volksstimme. (†

Laden mit Wohnung
gegen 2-Zimmer-Wohnung zu tauschen gesucht. Wer sagt die Expedition der Volksstimme. (†

Helle 2-Zimmer-Wohnung mit Küche und Zubehör in der Nähe der Werft gegen gleiche in Petershagen
zu tauschen gesucht.
Von wem sagt die Exped. der Volksstimme. (†

Laden mit Wohnung
gegen 3-Zimmer-Wohnung zu tauschen gesucht. Angeb. unt. E 561 an die Exped. der Volksstimme. (†

Wer fertigt
Strickjacken
auf der Maschine an? Angeb. m. Preis unt. V. 532 a. d. Exp. d. Volksstimme. (†

Keller
pass. z. Geschäft, Häkerg., jetzt 2 Stuben, tausche mit Stube und Küche. Wer? sagt die Expedition der Volksstimme. (†

Eine große (†
2 Zimmer-Wohnung
gegen eine kl. Wohnung, Stube u. Kabinett z. tausch. gesucht. Modest, Bastion Wolf 4 b, 1 Treppe.

Möbliertes Zimmer
zum 15. in Langf. ges. Betten m. Wäsche vorh. Angeb. u. D 542 a. d. Exp. d. Volksst. (†

Stenographie
Einzelunterricht
Tages- u. Abendkurse
Otto Siede, Naugarten 11

Schuhmacher
sucht Heimarbeit. Angeb. unter E. 551 an die Exp. der Volksstimme. (†

Verlangen Sie die „Volksstimme" in den Gaststätten!

Ein Nahmbettgestell, ein alter Wäscheschrank und ein Kinderwagen mit Steppdecke (rosa) zu verkaufen. Hähnerberg 2. (†

Zu verkaufen:
1 Gashängelampe kompl. 500.—, 1 Gaskochapparat 3-fl. 120.—, 1 Trittleiter 100.—, 1 Petroleumkocher 1-fl. 200.—. (†
Naumann,
Rammbau 17, 1 Tr.

Großer Reisekorb u. kiefernes Eßtisch
zu verkauf. Reichskolonie, Neptunweg 8, 2 Tr rechts. (†

Junges Ehepaar sucht
engl. Bettstellen,
Ausziehtisch und Nähmaschine zu kauf. Angeb. unt. V. 558 an die Exped der Volksstimme. (†

Eis. Kinderbettgest.
zu kaufen gesucht. Angeb. unter B 559 an die Exped. der Volksstimme. (7067

Streichbaß, Geige, Guitarre, Es-Kornet u. Trompete zu kaufen gesucht (†
Fripke, Frauengasse 32, 1.

Einweckgläser
aus Privathand zu kaufen gesucht. Angeb. unt. N 58 a. d. Expedition der Volksstimme, Paradiesgasse. (†

Eis. Kinderbettgest. und Nähmaschine
zu kauf. ges. Ang. m. Pr. u. B 543 a. d. Exp. d. Volksst. (†

Verlangen Sie Schmalenberg's Weinbrand
Marken: Edelbrand — Feinbrand
6987